

2008

# Der BUND in Nordrhein-Westfalen Jahresbericht 2008

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)

Düsseldorf, März 2009



# Vorwort

## Umwelt schützen. Natur bewahren.

Klimaschutz und Kohlepolitik: Welchen Weg geht NRW?

Agrarpolitik in NRW: Gentech-Anbau auf Schrumpfkurs – Mastanlagen boomen

Gewässer-, Natur- und Freiraumschutz:  
Stiefkind der Politik?

Immissionsschutz und Abfallpolitik: Von Störfällen und Mafiamüll...

OGS, NUA und Co.: Umweltbildung im BUND

»...und jetzt noch die Erde retten« –  
die BUNDjugend NRW

## Unabhängig. Politisch und finanziell.

BUNDland NRW

BUND-Publikationen und BUND-Medien

Der BUND in den Medien

Finanzen des BUND NRW e.V.

Die BUND NRW Naturschutzstiftung

Wir über uns: Das BUND-Team 2008

Impressum

Titelfoto:

*Ein BUND-Highlight des Jahres 2008 war die „Besetzung“ der BUND-eigenen Obstwiese im Tagebau Garzweiler.*

Foto: D. Jansen

# Liebe Leserinnen und Leser,

2008 war für den BUND wieder ein Jahr des Einsatzes für Klima-, Natur- und Umweltschutz, – an allen Ecken und Enden unseres Landes. Gleich am 1. Januar waren wir gefordert, besetzten kurzerhand unsere Obstwiese, die dem RWE und seinem Tagebau Garzweiler im Wege stand, harhten dort 10 Tage bei Kälte, Regen und Baggerlärm aus, um ein Zeichen gegen den größten Klimawahnsinn, den Deutschland zu verantworten hat, zu setzen. Diese Aktion erzielte eine gewaltige Wirkung in der Öffentlichkeit und transportierte die Auswirkungen des Braunkohletagebaus mit Macht in die Medien. Nachdem die Polizei uns im Auftrag des RWE und der CDU/FDP Landesregierung von der Wiese trug, fressen sich jetzt die Bagger weiter vor Richtung Erkelenz. Trotz dieser verlorenen Schlacht bleibt der BUND optimistisch und kampfbereit. Wir hoffen auf das Bundesverfassungsgericht, und arbeiten weiter daran, dass die Mehrheit der Menschen in unserem Lande erkennt, auf was für einem Irrweg sich hier die Energiepolitik befindet.

Auch in 2008 waren BUND-Menschen an zahlreichen Plätzen engagiert und unterwegs, um Probleme bewusst zu machen, aber auch Lösungen aufzuzeigen. Sei es bei Protestaktionen gegen Kohlekraftwerke, sei es mit einer kraftvollen und kreativen Demonstration zum Erhalt der Biodiversität und gegen Agrogentechnik anlässlich der Bonner Konferenz im Mai 2008, aber auch bei zahllosen Debatten an so genannten runden Tischen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und bei hunderten von Ortsterminen zu Konflikten mit dem Naturschutz.

Nicht zuletzt aber betreiben wir weiter konkreten Naturschutz, nach dem Motto: „So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen“. Wir pflegen Naturschutzgebiete, legen Streuobstwiesen, Tümpel und Teiche an, führen landesweit interessante Exkursionen durch und betreiben Umwelt- und Naturschutzbildung auf hohem Niveau. Hierfür ist das im zweiten Jahr laufende Projekt der Umweltbildung an der offenen Ganztagschule „Umweltagenten im Auftrag der Natur“, das unsere BUNDjugend umsetzt, das eindrucksvollste Beispiel.

Was den BUND nach wie vor auszeichnet, ist die Bandbreite von kreativem Protest und konkretem Einsatz für Natur und Umwelt. Hiervon lassen wir uns auch nicht von Rückschlägen und erst recht nicht von der doppelzüngigen Umweltpolitik im Lande, die unter „Klimaschutz“ den harten Kohle- und Atomkraftkurs fährt und sich im Naturschutz vor allem durch schöne Reden auszeichnet, abbringen. Da beschwört der Umweltminister den Schutz der Biodiversität, das Land setzt sich für einen Nationalpark Siebengebirge ein, aber gleichzeitig wird der Holzeinschlag, d.h. die Nutzungsintensität der Landeswäldern, u.a. für große Biomasseheizkraftwerke des RWE erhöht. Auch sollen wertvollste Waldflächen

in der Eifel an Private verscherbelt und im Kölner Süden mit Unterstützung des Landes das Naturschutzgebiet Sürther Aue für einen Hafenausbau weitgehend zerstört werden.

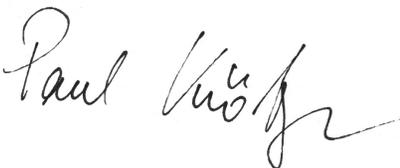
In einer vom Umweltminister begründeten Allianz wird der Flächenverbrauch im Lande von einer hochkarätigen Runde beklagt, zur gleichen Zeit und unaufhörlich fressen sich neue Straßen, Gewerbe- und Wohngebiete in die Landschaft, trotz ständig zurückgehender Bevölkerungszahl. Da werden, fast im Original-BUND Ton, die Gewässer als natürliche Lebensadern in der Landschaft beschworen und deren Renaturierung an die Wand gemalt, aber wenn man genau hinschaut, stellt man fest, dass 60% unserer Gewässer als erheblich verändert ausgewiesen wurden und dies auch bleiben sollen. Nur 2200 km von 50000 km Gewässerstrecke insgesamt sollen ökologisch verbessert werden, und dies auch erst bis 2027, statt 2015, wie es die Richtlinie fordert.

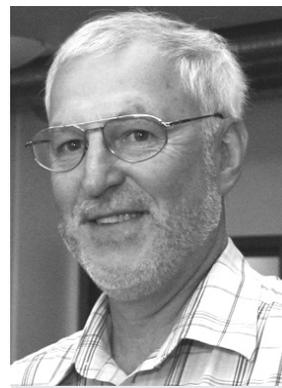
Auch wenn wir den Umweltminister in Teilbereichen als durchaus guten Argumenten zugänglich erlebt haben, bleibt der Eindruck, dass diese Diskrepanz zwischen Reden und Handeln die Umweltpolitik im Lande NRW prägt. Wir setzen uns dafür ein, dass Umweltpolitik wieder einen höheren Stellenwert erhält und mit den gesellschaftlichen Erfordernissen übereinstimmt. Die vor uns liegenden Wahlen werden wir nutzen, um diese Botschaft noch stärker zu vermitteln.

Mit diesem Jahresbericht zeigen wir einmal mehr, wie weit reichend sich unser Verband landesweit beim Klima-, Umwelt- und Naturschutz engagiert hat. Hierfür danke ich allen unseren Mitstreiterinnen und Mitstreitern, unseren engagierten Aktiven vor Ort und auf allen Ebenen, aber auch denjenigen Mitgliedern, die uns still und stetig ideell und finanziell unterstützen, aber selbst aus guten Gründen nicht unmittelbar aktiv sein können. Auch denen, die uns gewogen sind und mit Spenden helfen, gilt mein Dank, auch auf Sie sind wir angewiesen.

Wir sind und bleiben präsent, darauf können Sie sich weiter verlassen.

Herzlichst

Ihr  




Paul Kröfges, BUND-  
Landesvorsitzender

Foto: D. Jansen



*Der BUND im kritischen Dialog mit der Landesregierung: Umweltminister Eckhard Uhlenberg und BUND-Landesvorsitzender Paul Kröfges. auf der BUND-Landesdelegiertenversammlung 2008 in Haltern.*

Foto: D. Jansen

## Umwelt schützen. Natur bewahren.

**E**in gutes Jahr vor der Landtagswahl 2010 sieht die Bilanz schwarz-gelben Regierungshandelns für den Umwelt und Naturschutz düster aus. Seit ihrem Regierungsantritt betreiben CDU und FDP eine Verbraucher-, Umwelt und Naturschutzpolitik, die das zuvor Erreichte zurückschraubt, Standards aufweicht und die Bürgerbeteiligung aushöhlt. Positive Akzente sind trotz eifriger Lippenbekenntnisse zum „Erhalt der Schöpfung“ kaum auszumachen.

„Privat vor Staat“ ist zur die Maxime der Landesregierung erhoben worden. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen wird zunehmend wirtschaftlichen Einzelinteressen untergeordnet. Im Energie- und CO<sub>2</sub>-Land Nr.1 setzt Schwarz-Gelb den klimafeindlichen Kurs gegen die Windenergie und für die Braun- und Steinkohlelobby fort. Nicht dezentrale Energien werden gestärkt, sondern das Oligopol der Energiekonzerne. Nicht Bio-Bauern werden vorrangig unterstützt, sondern Intensivlandwirtschaft und Tierfabriken. Nicht die Bürgerinnen und Bürger werden vor den Risiken der chemischen Industrie geschützt, sondern BAYER und Co. erhalten freie Hand. Und der Ausverkauf unserer heimischen Wälder ist in vollem Gange. Dazu wurden Mitwirkungs- und Klagerechte gekappt und die Förderung ehrenamtlichen Wirkens zurückgeschraubt.

Die konkreten Folgen schwarz-gelben Regierungshandelns sind ernüchternd: Der Störfall ist längst zum Normalfall geworden, nicht zuletzt auch aufgrund der Zerschlagung der Umweltverwaltung und der Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für potenzielle Risikobetriebe. Tag für Tag wird die Bevölkerung den tödlichen Gefahren durch Feinstaub und Stickstoffdioxid ausgesetzt, weil die Auto-Vorrangpolitik die Verkehrswende torpediert und industrielle Verschmutzer geschont werden. Beim Klimaschutz behält NRW bundesweit die rote Laterne, der Flächenverbrauch schreitet trotz demographischen Wandels unvermindert fort und selbst in den wenigen Vogelschutzgebieten wurde die Jagd auf Kormorane zugelassen.

Die „Privat vor Staat“-Ideologie hat zu weniger Umwelt- und Naturschutz und zu weniger Gesundheitsschutz für die Menschen in Nordrhein-Westfalen geführt.

Allerdings gibt es auch Lichtblicke. Durch den beharrlichen Druck des BUND und seiner Verbündeten konnte Schlimmeres verhindert werden. Im Landeshaushalt wurden die Mittel für den Naturschutz wieder erhöht, die Förderung des Landesbüros der Naturschutzverbände und der Biologischen Stationen blieb auf gleichem Niveau wie im Vorjahr, der dramatische Verlust an Biodiversität wurde zumindest als Problem erkannt. Und die ehrenamtlichen NaturschützerInnen des BUND erzielten Tag für Tag ihre ganz persönlichen Erfolge. Sei es nun, dass wandernde Kröten vor dem Straßentod gerettet, eine neue Streuobstwiese gepflanzt oder ein Gewerbegebiet auf der grünen Wiese verhindert wurden.

Der BUND hält weiter konsequent seinen Kurs. „Umwelt schützen. Natur bewahren.“ ist unser Credo. Wir werden die Politik der Landesregierung weiter kritisch begleiten, unsere Alternativen dagegenhalten, das Notwendige mit Nachdruck einfordern.

Das ist die Herausforderung. Der BUND nimmt sie an. Mit Begeisterung.

# Klimaschutz und Kohlepolitik: Welchen Weg geht NRW?

Nordrhein-Westfalen ist mit dem jährlichen Ausstoß von knapp 300 Millionen Tonnen Kohlendioxid der Klimakiller Nr. 1 in Deutschland. Jeder NRW-Bürger ist rechnerisch für 16 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr verantwortlich, gegenüber etwa 9 Tonnen im Bundesdurchschnitt. Dass dringend gehandelt werden muss, hat nun auch die Landesregierung erkannt. Ende April 2008 stellte sie ihre „Energie- und Klimaschutzstrategie Nordrhein-Westfalen“ vor. Erstmals werden darin Kohlendioxid-Reduktionsziele definiert: Bis 2020 sollen die jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen um 81 Millionen Tonnen gegenüber 2005 vermindert werden, was einer Reduktion um etwa 33 % entspricht. Ob diese durchaus ambitionierten, wenn auch nicht ausreichenden Ziele erreicht werden können, bleibt indes mehr als fraglich. Der Hauptanteil der CO<sub>2</sub>-Minderung soll ausgerechnet durch den Bau neuer Steinkohlekraftwerke erbracht werden. Auch am klimaschädlichsten aller Energieträger – der Braunkohle – hält die Landesregierung unbeirrbar fest.

Der BUND setzt sich seit nunmehr mehr als 30 Jahren für eine zukunftsfähige Energieversorgung ein. Das Jahr 2008 war dabei von besonderer Bedeutung. Im Streit um den Braunkohlentagebau Garzweiler II kam es furiosen Finale auf der BUND-Obstwiese. Gegen die geplanten Steinkohlenkraftwerke in Herne und Lünen wurden Klagen beim Oberverwaltungsgericht eingereicht. Welchen Weg also geht NRW? Setzt sich die Kohlelobby durch? Behält NRW die „rote Laterne“ in Sachen Klimaschutz?

## Showdown auf der Obstwiese

Am 10. Januar 2008 kam es zum finalen „Showdown“ auf der Obstwiese im Tagebau Garzweiler. Seit Neujahr hatten sich BUND-AktivistInnen der geplanten Zwangsräumung der Enklave inmitten der von Braunkohle-Baggern verwüsteten Landschaft widersetzt. Ein Großaufgebot der Polizei beendete schließlich die Aktion des BUND-Landesverbandes und der BUNDjugend. Hunderte BesucherInnen hatten zuvor vor Ort ihre Solidarität bekundet. Das Medieninteresse war enorm.

Mit dem gewaltfreien Widerstand wollten die BUND-Mitglieder die Fällung von 87 Obstbäumen und die Abaggerung des 1 Hektar großen BUND-Grundstücks für die Erweiterung des Tagebaus verhindern. Mit dem Aufschluss von Garzweiler II würde die Erdatmosphäre mit CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Verbrennung von 1,3 Milliarden Tonnen Kohle zusätzlich belastet.

Am 21. Dezember 2007 hatte das Oberverwaltungsgericht Münster die Klage des BUND gegen die Zwangsenteignung seiner Obstwiese abgewiesen. Die Begründung des Gerichts, die Inanspruchnahme des BUND-Grundstückes für Garzweiler II diene dem Allgemeinwohl, hält der BUND für eine groteske Fehleinschätzung. Braunkohle ist der klimaschädlichste aller Energieträger und deren fortgesetzte Nutzung verhindert alle Bemühungen zu einer deutlichen CO<sub>2</sub>-Reduktion. Zudem ist der neue Tagebau zur Sicherung der Energieversorgung nicht notwendig. RWE unterläuft mit Garzweiler II nicht nur die Klimaschutzbeschlüsse der Bundesregierung, das Unternehmen setzt auch seine Politik der Landschaftszerstörung und Zwangsenteignung unvermindert fort.

Trotz der Zwangsräumung blieb der BUND allerdings weiter Eigentümer des Grundstücks. Möglich macht



Ein Großaufgebot der Polizei beendete die BUND-Bagger-Blockade.

Fotos: D. Jansen, P. Kerkhoff



Der BUND-Bundesvorsitzende Prof. Hubert Weiger (3. v.l.) ließ sich von den NRW-Braunkohleexperten den Tagebau Hambach zeigen - und war tief beeindruckt vom gigantischen Ausmaß der Naturzerstörung. Foto: M. Gerhard

dies das völlig unzeitgemäße und undemokratische Bundesberggesetz. Dieses bevorzugt einseitig die privatwirtschaftlichen Interessen der Energiemultis vor dem Allgemeinwohl. Der BUND appellierte deshalb an den Gesetzgeber, diesen „noch vom Preußischen Bergrecht abgeleiteten rechtlichen Anachronismus“ abzuschaffen.

Den vor zehn Jahren gepflanzten und seitdem mühevoll gepflegten Obstbäumen hilft dies indes wenig. Sie wurden von den RWE-Baggern noch im Schutz der Dunkelheit gefällt. Der „Garzweiler Flächenbrand“ – eine feiner Bio-Apfelbrand von der Obstwiese – wird damit zu einer einzigartigen Rarität.

Der Rechtsstreit ist damit aber noch nicht beendet. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die so genannte Revisionsnichtzulassungsbeschwerde abgewiesen hatte, legte der BUND im Dezember 2008 Verfassungsbeschwerde gegen die Zwangsenteignung ein. Die Karlsruher Richter müssen nun entscheiden, ob das Bergrecht tatsächlich Grundrecht brechen darf.

## Energiegewinnung contra Naturerbe

Im Mai 2008 war die Bundesregierung in Bonn Gastgeber der 9. Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt (COP 9). Auch wenn es in den Fensterreden der PolitikerInnen oft anders klingt: Gerade auch NRW kann in Sachen Biodiversität leider nur ein schlechtes Zeugnis ausgestellt werden. Nur 8,2 % der Landesfläche wurden als Natura 2000-Gebiet gemeldet. Negativ übertroffen wird NRW im Ländervergleich nur noch von Berlin.

Nirgendwo sonst werden die deutschen Defizite im Bereich des Biotop- und Artenschutzes so deutlich, wie bei der Gewinnung der Braunkohle. Im Rahmen einer COP 9-Exkursion zum Braunkohlentagebau Hambach – „das größte Loch Europas“ – thematisierte der BUND diese ernüchternde Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit vor der eigenen Haustür. Die Braunkohle leistet nicht nur Deutschlands größten Beitrag zum Klimawandel und dem damit einher gehenden Verlust an Artenvielfalt, sondern vernichtet auch großflächig die letzten unzerstörten Naturräume in der Niederrheinischen Bucht. Der Tagebau Hambach zerstört so bis auf wenige Reste den Großteil des einst 4.500 Hektar großen

Hambacher Forstes mit all seinen seltenen - und eigentlich geschützten - Biotoptypen, Pflanzen- und Tierarten.

Gegen diesen Naturfrevel geht der BUND weiterhin auch juristisch vor. Ende Dezember 2007 hatte der BUND mit Unterstützung der *Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen die Verlegung der A 4* beim Bundesverwaltungsgericht Leipzig Klage gegen die tagebaubedingte Verlegung und Erweiterung der Autobahn A 4 zwischen Düren und Kerpen eingeleitet. Eines der Hauptargumente: Die Autobahn würde einen der letzten Lebensräume seltener Fledermäuse in der Niederrheinischen Bucht zerstören und z.B. die Bechsteinfledermaus an den Rand der Ausrottung drängen.

Viele Schriftsätze wechselten seit Einreichen der Klage zwischen dem BUND und dem Gericht. Das Urteil wird im April des Jahres 2009 gesprochen. Doch die Entscheidung fällt nicht nur am „grünen Tisch“. Zur Untermauerung der Argumentation führte der BUND gemeinsam mit den Experten des Instituts für Zoologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg nächtliche Exkursionen in die Steinheide durch. Prompt gelang der Nachweis von Braunen Langohr, Bechsteinfledermaus und Co. in dem gefährdeten Bereich.

Dorothea Schubert und Prof. Dr. Otto von Helversen im nächtlichen Fledermaus-Einsatz.

Fotos D. Jansen



## „Indescher Ozean“ kommt

Auch der Tagebau Inden bleibt in den Schlagzeilen. Bestand ursprünglich für RWE Power die Verpflichtung, den Tagebau nach Beendigung des Bergbaus im Jahr 2030 vollständig zu verfüllen, so soll dort jetzt ein weiterer gigantischer Restsee entstehen. Der Braunkohlensausschuss machte den Weg für eine Braunkohlenplanänderung frei, die der Region keine Vorteile bringt, die Kosten von RWE Power aber um geschätzte 250 Millionen Euro senken hilft. Gemeinsam mit kirchlichen Gruppen und Bürgerinitiativen macht der BUND dagegen mobil. Die Region bräuhete keinen „Indeschen Ozean“, RWE dürfe nicht aus den Rekultivierungsverpflichtungen entlassen werden, so die BUND-Vertreterin im Braunkohlensausschuss Dorothea Schubert.

Der See wäre nach dem Ende der Befüllung mit 1.100 ha Wasserfläche, einem Volumen von 800 Millionen Kubikmetern Wasser und einer maximalen Tiefe von 180 Metern der größte See Nordrhein-Westfalens – größer als die Möhnetalsperre oder Tegernsee in Bayern. Dabei wird unter Zugrundelegung verschiedener Befüllungsszenarien mit einem Zeitraum von 38,8 bis 45,5 Jahren bis zur vollständigen Befüllung gerechnet, so dass der See wahrscheinlich erst 2070 seinen Endzustand erreicht haben wird. Das Wasser hierfür soll aus der Rur kommen, wobei vollkommen unklar bleibt, wie dies mit dem Verschlechterungsverbot der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Einklang zu bringen ist.

Nach 2070 werden in der Braunkohleregion noch die Restseen Hambach und Garzweiler hinzukommen, die wiederum noch größer als der Indesee sein werden. Sie sollen per Pipeline mit Rheinwasser befüllt werden.

Trotzdem machte die Politik den Weg frei für den „Indeschen Ozean“. Für den BUND ein weiterer Beweis, wie willfährig den Bedürfnissen des RWE entsprochen wird.

Mehr Braunkohle-Infos:

[http://www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/braunkohle/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/braunkohle/)

Der BUNDhintergrund „Tagebau Inden: Restsee oder Verfüllung?“ formuliert Anforderungen an die Landschaftsgestaltung nach Tagebauende.



## Widerstand gegen Kohlekraftwerke

Die NRW-Energiewirtschaft allein ist für 44 % aller vom Emissionshandel erfassten Treibhausgase verantwortlich. 177 Millionen Tonnen Kohlendioxid werden von den Kraftwerken an Rhein, Ruhr und Lippe ausgestoßen. Geht es nach dem Willen der Landesregierung soll diese Klima schädigende Politik für die nächsten 40-50 Jahre zementiert werden. Derzeit sind bis zu 12 Kohlekraftwerke in NRW in Bau oder Planung. Nach BUND-Berechnungen werden diese selbst bei Berücksichtigung der angekündigten Abschaltung von Altkraftwerken zusätzlich etwa 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in die Luft blasen. Dass NRW-Energieministerin Thoben durch den Neubau von Kohlekraftwerken jährlich 30 Millionen Tonnen Kohlendioxid einsparen will, hat der BUND als „heiße Luft und Schönrechnerei“ entlarvt.



29. April 2008: Die Landesregierung stellt in Essen ihre „Energie- und Klimaschutzstrategie“ vor. Vor der Tür demonstrieren der BUND und Bürgerinitiativen gegen den Bau neuer Kohlekraftwerke. Foto: D. Jansen

Gemeinsam mit den örtlichen AktivistInnen und Bürgerinitiativen macht der BUND vor Ort gegen den Bau neuer Kohlekraftwerk mobil – mit Erfolg!

In Düsseldorf hat das maßgeblich vom BUND getragene Aktionsbündnis *Sauberer Strom am Rhein* – ASTR(H)EIN eine breite Kampagne gestartet. Neben kreativen Aktionen, Info-Veranstaltungen und Ökostromwechselfestivals wurde mit massiven Lobbying im Oberbürgermeisterwahlkampf und danach erreicht, dass sich der Stadtrat einstimmig gegen das Stadtwerke-Kraftwerksprojekt ausgesprochen hat. Der Stadtwerke-Mehrheitseigner EnBW kündigte daraufhin an, kein Steinkohlekraftwerk gegen den Willen der Stadt bauen zu wollen. Das Vorhaben steht damit kurz vor dem Aus. Mit dazu beigetragen hat auch die 82-seitige BUND-Stellungnahme zu diesem Projekt, die in Kreisen der Lokalpolitiker für viel Aufsehen gesorgt hatte.

Nachdem das Vorhaben des Stromversorgers TRIANEL zum Bau eines Steinkohlekraftwerks in Krefeld zunächst durch die Bauleitplanung blockiert wurde, hat die CDU kurz vor Weihnachten den Weg zur Realisierung des Vorhabens freigemacht. Neben den lokalen Bürgerinitiativen



ist der BUND treibende Kraft des Widerstandes. Mit Pressearbeit und Info-Veranstaltungen wird der Widerstand mobilisiert. Für das Frühjahr 2009 wird der Beginn des offiziellen Genehmigungsverfahrens erwartet. Der BUND ist diesbezüglich gut aufgestellt.

Gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung des geplanten Evonik-Steinkohlekraftwerks in Herne hat der BUND im Februar 2008 Klage eingereicht. Möglich wurde diese nur durch die großartige Unterstützung der örtlichen BUND-Aktivisten. Zwar hat Evonik verkündet, das Kraftwerk (vorerst) nicht bauen zu wollen. Der BUND befürchtet allerdings, dass sich der Kraftwerksbauer alle Optionen offen halten will, das Projekt „mit der Genehmigung in der Tasche“ zu einem späteren Zeitpunkt doch noch „durch die Hintertür“ zu realisieren. Die Unwirksamkeit des Vorbescheids soll daher im gerichtlichen Verfahren verbindlich geklärt werden.

Auch in Datteln klagt der BUND gegen das bereits im Bau befindliche E.on-Großkraftwerk. Hier wird nicht nur der immissionsschutzrechtliche Vorbescheid und die 1. Teilgenehmigung beklagt, auch die wasserrechtliche Genehmigung und die 380 kV-Freileitung zur Anbindung des Kraftwerks stehen auf dem juristischen Prüfstand. Die Klage-Begründung gegen den Vorbescheid allein umfasst 167 Seiten! Auch diese Klage ist nur Dank des großartigen Engagements der lokalen BUND-Aktiven realisierbar.

Zur Sache geht es auch in Lünen. Mitte Juni hat der BUND unterstützt von der *BI Kontra-Kohle-Kraftwerk* beim Oberverwaltungsgericht in Münster Klage gegen das geplante TRIANEL-Steinkohlekraftwerk eingereicht. Der Klage kommt zwar keine aufschiebende Wirkung zu, die begonnenen Baumaßnahmen erfolgen allerdings auf eigenes Risiko und ohne jede Rechtssicherheit vor einer späteren Abrisspflicht. Der BUND hält den Vorbescheid für das Steinkohlekraftwerk für rechtswidrig, da die Genehmigungsvoraussetzungen nach den Vorgaben

des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nicht erfüllt sind. Der Betrieb des Kraftwerks würde die Gesundheit der Menschen gefährden, erhebliche Umweltschäden durch Schadstoffeinträge mit sich bringen und wegen des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes den Klimawandel unverantwortlich forcieren.

Bei den Klagen geht es aber auch um die grundsätzliche Klärung, inwieweit uns das vom Umweltrechtsbehelfsgesetz (UmwRG) seit 2005 zuerkannte Klagerecht gegen Kraftwerke und ähnliche Anlagen europarechtswidrig eingeschränkt wurde. Anders als die europäische Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie beschränkt das UmwRG unser Klagerecht auf drittsschützende Belange. Ohne kompetente anwaltliche Unterstützung könnte sich der BUND auch diesbezüglich kaum das notwendige rechtliche Gehör verschaffen. Seit vielen Jahren arbeitet der NRW-Landesverband deshalb mit der Frankfurter Anwaltskanzlei Philipp-Gerlach und Teßmer zusammen.

2009 wird ein spannendes Jahr. Dann werden die BUND-Klagen vor dem Oberverwaltungsgericht verhandelt. Dann entscheidet sich, ob der Klima- und Gesundheitsschutz den notwendigen Vorrang eingeräumt bekommt, oder der gemeinwohlschädliche Kohleboom alle diesbezüglichen Anstrengungen zunichte macht.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/kohlekraftwerke.htm](http://www.bund-nrw.de/kohlekraftwerke.htm)



## Der BUND als Energie"multi"

Vor einem Jahr installierte der BUND auf dem Tagungshaus der Natur- und Umweltschutzakademie in Recklinghausen eine 10 kW<sub>p</sub>-Solaranlage. Im ersten Betriebsjahr produzierte diese über 9.500 Kilowattstunden CO<sub>2</sub>-freien Strom. Damit wurde alle Prognosen weit übertroffen und mehr als 10 Tonnen Kohlendioxid gegenüber Braunkohlestrom eingespart. Seit mittlerweile neun Jahren liefert auch die Fotovoltaik-Anlage auf der Düsseldorfer BUND-Landesgeschäftsstelle zuverlässig sauberen Strom; im letzten Jahr etwa 2.000 kWh. Doch dabei soll es nicht bleiben: In 2008 hat der BUND die Planungen für eine weitere 10 kW<sub>p</sub>-PV-Anlage im Märkischen Kreis begonnen.

„Energie hoch Drei“ (für Arbeitsplätze, Entwicklung und Klimaschutz) erzeugt die 660 kW<sub>e3</sub>-Windkraftanlage in Geseke, an der der BUND beteiligt ist. Sie wurde 2002 eingeweiht und allein aus Bürger-Kapital finanziert. Zum einen durch Kapitalbeteiligungen von Kommanditisten, die dafür eine Rendite erhalten. Zum anderen durch Spenden, die in einer gemeinsamen Kampagne von S-N-O-W e.V. und dem BUND Nordrhein-Westfalen eingeworben wurden: insgesamt 155.000 Euro. Bezogen auf diese Spenden werden im Laufe von 20 oder mehr Betriebsjahren „Gewinne“ ausgeschüttet, die wiederum ökologische Energieprojekte in Indien und Weißrussland finanzieren. Im Jahr 2008 lieferte das Windrad knapp 973.000 Kilowattstunden Strom, genug, um 250 durchschnittliche Drei-Personen-Haushalte zu versorgen.

Der BUND ist also auf dem besten Weg zum Energie"multi". Die Erneuerbaren Energien-Projekte zeigen: Die Energiewende weg von Kohle- und Atomstrom ist machbar!



D. Jansen, A. Niemeier-Lüllwitz

## Agrarpolitik in NRW: Gentech-Anbau auf Schrumpfkurs – Mastanlagen boomen

Die BUND-Aktivitäten für eine umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft umfassen eine breite Themenpalette von Gentechnik über Tierhaltung bis hin zu Agrarsubventionen, Agrosprit, Biogasanlagen, Ökolandbau und Streuobstwiesenschutz. In bewährter Zusammenarbeit mit dem BUND-Bundesverband und mit vielfältigen Veranstaltungen und Aktionen gemeinsam mit unseren Gruppen vor Ort mischten wir uns engagiert und streitbar in die politische und öffentliche Diskussionen ein, was sich nicht zuletzt auch im Medieninteresse widerspiegelte.

### Erhalt einer gentechnikfreien Land(wirt)schaft

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung standen im Jahr 2008 die erneute Freisetzung von genmanipuliertem Mais auf einem Acker in Werne (Kreis Unna) und das Werben für die neu geschaffene Kennzeichnung ‚ohne Gentechnik‘ bei Lebensmitteln. Zugleich galt es, die in Bonn tagende UN-Konferenz zur Biodiversität als Forum für unser Anliegen zu nutzen sowie landesweit die genkritischen Aktivitäten weiter zu vernetzen, neue Kooperationen zu schmieden sowie regionale Aktivitäten zu unterstützen.

„Für biologische Vielfalt – regional, fair, gentechnikfrei!“ – unter diesem Motto rief der BUND zu Beginn der UN-Biodiversitätskonferenz im Mai gemeinsam mit

vielen anderen Organisationen und Verbänden zu einer internationalen Kundgebung mitsamt Festival der Artenvielfalt in der Bonner Rheinaue auf. Mehrere tausend Menschen folgten der Einladung und demonstrierten für eine vielfältige, gentechnikfreie Landwirtschaft und Saatguterzeugung, den Erhalt und die Weiterentwicklung alter Kultursorten und der weltweiten Biodiversität. Farbenfroh ausgestattet mit T-Shirts, Bannern und einer großen Portion Neugier



D. Jansen



Am 12. Mai 2008 demonstrierten Tausende gemeinsam mit dem BUND in Bonn gegen die grüne Gentechnik. Foto D. Jansen

auf die vielen Stände und hochkarätigen RednerInnen zeigten auch etliche BUND-Mitglieder aus NRW sichtbare Präsenz.

In Werne galt es derweil, gegen die dortige Freisetzung von herbizidresistentem Genmais Flagge zu zeigen. Gemeinsam mit der BUNDjugend NRW, die zu einer ‚essthetischen Tafel‘ auf den Marktplatz einlud, diskutierten wir dort mit Passanten und dem Eigentümer des Genmaisackers kontrovers über den Anbau.

Wichtiger Baustein unserer Öffentlichkeitsarbeit war erneut unser Infosystem ‚Gentech-Anbauflächen in NRW‘. Das bundesweite Standortregister des Bundesamts für Verbraucherschutz benennt zwar die Gemeinden mitsamt Flurstücken, für die ein Anbau genmanipulierter Pflanzen angemeldet ist, dennoch erschließt sich die exakte Lage der Flächen anhand der Angaben nur mit Mühe und trägt das Register so kaum zu echter Transparenz bei. Auf der BUND-Homepage konnte unterdessen jedermann die genaue Lage der Freisetzungsfäche in Werne anhand von Karten einsehen.

Ein weiterer Aktivitätsschwerpunkt ergab sich aus der anhaltend starken Nachfrage seitens BUND-Gruppen wie auch anderer Organisationen nach Vorträgen, Teilnahme an Podiumsdiskussionen, Anhörungen sowie Pressegesprächen. Besonders erfreulich entwickelte sich dabei erneut die Zusammenarbeit mit Imkervereinen. Auf dem ‚Honigtag‘ in Hamm präsentierten wir uns mit dem ‚Riesenmais Kolben‘ und beteiligten uns zusammen mit BUND-Aktiven aus Hamm, Unna und Warendorf an der BUND-Kampagne für Lebensmittel ‚ohne Gentechnik‘ bei Edeka.

In Hennef / Sieg und Hamm lud der BUND gemeinsam mit anderen Verbänden und Betrieben zu herausragenden Veranstaltungen mit dem kanadischen Farmer Percy Schmeiser ein, der für seinen anhaltenden Widerstand gegen die Machenschaften des Konzerns Monsanto und

die Agrogentechnik im Jahr 2007 mit dem Alternativen Nobelpreis ausgezeichnet wurde.

Die Arbeit trägt Früchte: Die mehrjährigen Freisetzungen in Werne sind beendet, eine Fortsetzung steht zunächst nicht an, und auch anderswo in Nordrhein-Westfalen wird es in im Jahr 2009 Jahr keinen Anbau geben. Die Äcker in NRW sind damit in diesem Jahr komplett gentechnikfrei! Allen MitstreiterInnen vor Ort sei herzlich für die fruchtbare Zusammenarbeit gedankt!

Mehr Infos: [http://www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/landwirtschaft\\_gentechnik/gentechnik/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/gentechnik/)

## Artgerechte Tierhaltung

In der NRW-Agrarpolitik sind seit Jahren Rückschritte und Stagnation in Sachen ‚landwirtschaftliche Tierhaltung‘ zu verzeichnen. Statt eine artgerechte Haltung als Chance zu begreifen, nimmt diese nur eine kleine Nische ein und es bestimmten auch 2008 Intensivierung und Konzentration der Fleisch- und Eierproduktion das Geschehen in NRW. Vor allem Anträge auf Neubau und Erweiterung von Hähnchenmastanlagen nahmen sprunghaft zu. In vielen Orten zwischen Niederrhein und Ostwestfalen mischten sich BUND-Gruppen mit Stellungnahmen und Veranstaltungen in die laufenden Planungen ein und wurden hierbei vom Landesverband nach Kräften unterstützt.



K.-B. Jansen

Zugleich stritten wir für Verbesserungen in der Putenmast. Bereits im Jahr 2003 hatte eine BUND-Recherche miserable Haltungsbedingungen in den NRW-Putenställen sowie eklatante Mängel bei der Überwachung des Tierschutzes aufgedeckt. Das Umweltministerium reagierte hierauf seinerzeit mit einer eigenen Überprüfung der Zustände, die unsere Ergebnisse auf ganzer Linie bestätigte und letztlich zu einer Bundesratsinitiative der Länder NRW und Schleswig-Holstein zur Verbesserung der Putenhaltung führte. Diese wurde nach den Regierungswechseln in Düsseldorf und Kiel ersatzlos ‚einkassiert‘ – doch die Probleme blieben: Der Großteil der rund 1,3 Mio Puten im Land wird weiterhin in Intensivmast und alles andere als tiergerecht gehalten. Die Ställe sind durchweg zu eng, es fehlt an Auslauf und es werden nahezu allen Tieren die Schnäbel gekürzt. Die Anzahl der Betriebe geht zurück, während die Tierplatzzahlen weiter steigen. Der BUND fordert daher rechtsverbindliche Mindeststandards für die Haltung von Mastputen, deutliche Verbesserungen der amtstierärztlichen Kontrollen sowie ein Verbot extrem

schnellwüchsiger, schwergewichtiger Zuchtlinien.

Dass auch der Ökolandbau nicht vor Fehlentwicklungen gefeit ist, zeigte sich kürzlich am Beispiel eines ostwestfälischen Bio-Geflügelzüchters, der seine Puten mit konventionellem Futter mästete und als ‚bio‘ vermarktete. In der allgemeinen Empörung über diesen Betrug stieß der BUND eine weitere kontroverse Diskussion an: Kann es in Öko-Betrieben überhaupt eine tierschutzgerechte Putenhaltung geben, solange auch hier mangels echter Alternativen oft auf völlig überzüchtete, schnellwachsende Tiere gesetzt wird? Bedarf es nicht viel mehr eines Moratoriums in der Bio-Putenzucht, bis robustere Rassen zur Verfügung stehen? Gerade weil der Ökolandbau unser Leitbild ist, werden wir auch künftig derart unbequeme Diskussionen führen!

Mehr unter [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/landwirtschaft\\_gentechnik/tierschutz/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/tierschutz/)

## Umweltverträgliche Nutzung von Biomasse

Die Nutzung von Biomasse zur Gewinnung von Strom und Wärme ist ein sinnvoller Baustein der Energieerzeugung, sofern es sich um schadstofffreie organische Abfälle wie z.B. Grünschnitt handelt, die in kleineren dezentralen Anlagen eingesetzt werden. Anders sieht es u.U. beim gezielten Anbau von ‚Energiepflanzen‘ aus: Dessen Potenzial wird oft völlig überschätzt, während nachteilige Auswirkungen auf Natur und Landschaft sowie den Klimaschutz unbeachtet bleiben.

Für den BUND gilt, dass ein solcher Anbau klar definierten energiewirtschaftlichen und ökologischen Mindeststandards genügen muss. Fehlentwicklungen zeichnen sich schon heute dort ab, wo der Neubau von Biogasanlagen mit großen Kapazitäten boomt: Im Jahr 2007 wuchs die Maisanbaufläche in NRW im Vergleich zum Vorjahr um 4,8% an, im Jahr 2008 dann gar um weitere 12,8%. Die Preise für Pachtflächen steigen und erschweren damit u.a. die Ausweitung des ökologischen Landbaus.

Eine andere gravierende Fehlentwicklung ist der Anbau von Pflanzen zur Gewinnung von ‚Agro-Sprit‘ (Ethanol aus Kartoffeln, Mais oder Zuckerrüben, ‚Bio‘-Diesel aus Raps). Hier gelang es hier dem BUND und anderen mit vereinten Kräften, die Problematik in die breite öffentliche Diskussion zu tragen: Bio-Energie aus Intensivlandbau ist nicht automatisch ‚bio‘ und dient auch nicht wie erhofft



R. Sturm / pixelio.de

dem Klimaschutz. Nach langen öffentlichen Debatten und Forschungsergebnissen aus aller Welt rückte die Bundesregierung von der geplanten Erhöhung des Beimischungszwangs von ‚Agro-Sprit‘ zu herkömmlichen fossilen Treibstoffen auf 20% bis zum Jahr 2010 ab. Doch die Herausforderung einer zunehmenden Inanspruchnahme von Ackerflächen durch ‚Energiepflanzen‘ bleibt in NRW auf der Agenda.

Mehr Infos: [http://www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/energie\\_klima/biomasse/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/biomasse/)



*Holzpellets aus Restholz gelten als Bio-Brennstoff.*

Foto R. Sturm, pixelio.de

Zu den genannten wie auch zu anderen landwirtschaftlichen Themen ist der BUND auf der politischen Bühne präsent. Ebenso helfen wir gerne interessierten BürgerInnen sowie unseren Mitgliedern bei ihren zahlreichen Anfragen und Anliegen weiter. Bemerkenswert ist hierbei vor allem das besondere Interesse rund um den Streuobstwiesenschutz.

## Fazit und Ausblick

Mit fachpolitischen Stellungnahmen, fundierten Recherchen und markanten Aktionen mischt sich der BUND aktiv in die Agrarpolitik ein. Die vielen Anfragen aus der Bevölkerung und den Medien weisen den BUND als kompetenten Ansprechpartner aus. Vor allem in Bereich Gentechnik erhielten wir für unsere Aktivitäten viel Aufmerksamkeit und Anerkennung. Bei aller Freude über das bisher Erreichte – die NRW-Äcker bleiben im Jahr 2009 komplett gentechnikfrei – stellt die Agro-Gentechnik in den nächsten Jahren eine der größten Herausforderungen im Themenfeld Landwirtschaft und Naturschutz dar. Wir wissen hierbei den Großteil der VerbraucherInnen hinter uns, die genmanipulierte Lebensmittel strikt ablehnen.

Die nächsten Auseinandersetzungen sind mit dem Antrag auf Zulassung neuer Sorten von Genmais bereits vorprogrammiert. Gleiches gilt für den ungehemmten Ausbau von Tierfabriken, die selbst in den traditionellen Tierhaltungsregionen NRWs nicht mehr widerspruchslos hingenommen werden. Gemeinsam mit unseren vielen Aktiven vor Ort werden wir uns in den Wahljahren 2009/2010 engagiert in diese Auseinandersetzung hineinbegeben.

# Gewässer-, Natur- und Freiraumschutz: Stiefkind der Politik?

Die schwarz-gelbe Koalition war 2005 mit einem ausdrücklichen Bekenntnis zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen gestartet. In der Folge wurde dieses durch die massiven Einschnitte beim Natur-, Gewässer- und Umweltschutz deutlich relativiert. Nur 8,2 % der Landesfläche wurden als Natura 2000-Gebiet gemeldet; die 2.881 Naturschutzgebiete umfassen gerade einmal 7,3 % der Landesfläche. Dagegen stagniert der Flächenverbrauch auf hohem Niveau: Noch immer gehen täglich 15 ha Freiraum in NRW verloren. Der mühsam erkämpfte erste und bislang einzige Nationalpark in der Eifel droht zunehmend entwertet zu werden, ein Nationalpark Senne/Egge ist weiterhin nicht in Sicht. Auch die Planungen für den Nationalpark Siebengebirge erfolgen keineswegs konfliktfrei. Dazu tobt ein erbitterter Streit um den Ausverkauf unserer heimischen Wälder.

Trotzdem bleibt nichts unversucht, die nüchterne Realität durch Aktionismus zu kaschieren. Während der Artenverlust vor der eigenen Haustür weiter geht, präsentierte sich das Land auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt (COP9) im Mai in Bonn mit bunten Informationsständen als oberster Naturschützer. Auch das „100-Alleen-Programm“ muss häufig als vermeintlich herausragender Beitrag der Landesregierung zum Naturschutz herhalten.

Der Gewässer-, Natur- und Freiraumschutz bleibt also weiterhin ein Stiefkind der Politik. Angesichts der weltweiten Finanzkrise droht er sogar noch weiter in den Hintergrund gedrängt zu werden. Der BUND hält dagegen: Mit landesweiten Projekten, der täglichen Naturschutzarbeit vor Ort, mit Klagen und in Konferenzräumen setzte sich der BUND auch in 2008 für die Biodiversität in NRW ein.

## 25 Jahre Arbeitskreis Heimische Orchideen in NRW

Der Arbeitskreis Heimische Orchideen (AHO) im BUND NRW feierte 2008 sein 25-jähriges Bestehen. Dr. Michael Luwe und mehr als 220 ehrenamtliche MitarbeiterInnen führen regelmäßig Pflegemaßnahmen durch, kartieren die Orchideenbestände, machen Öffentlichkeitsarbeit und stehen als Experten Behörden und Interessenten zur Verfügung.

Auf der Jubiläumsveranstaltung am 8. November in Bergkamen lobte der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Friedrich Ostendorff den langjährigen Einsatz der Orchideenexperten für den Biotopschutz und beleuchtete den Zusammenhang zwischen praktischer

Naturschutzarbeit, Öko-Landbau und Umweltpolitik. Zuvor hatte auch der Bergkamener Bürgermeister Kay Schulte ein Grußwort gesprochen. Danach stellten Heinz und Angelika Baum die „Orchidee des Jahres 2009“, das Stattliche Knabenkraut (*Orchis mascula*) vor.

Für die Zukunft ist der AHO gut aufgestellt. Im Rhein-Erftkreis und im Rheinkreis Neuss hat im Jahr 2008 eine neue Regionalgruppe ihre Arbeit aufgenommen. Etwa 10 Mitarbeiter unter Leitung von Peter Rolf und Hans-Josef Bolzek kümmern sich um die Kartierung, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen und um die Öffentlichkeitsarbeit für die Orchideen und ihre Lebensräume in der „AG Braunkohlenrekultivierung“.

Neben den „gewohnten“ Pflege- und Naturschutzmaßnahmen in mehreren Kreisen NRW war die Errichtung eines Bohlenweges und einer Infotafel im Ripsdorfer Moor, Kreis Euskirchen, ein Highlight des Jahres. Dem AHO war die Gebietspflege von der Nordrhein-Westfalen-Stiftung, dem Flächeneigentümer, übertragen worden. Damit ist eine naturschonende Wegeführung in diesem hochsensiblen Kalk-Flachmoor langfristig gesichert. Durch den AHO werden außerdem mehrmals jährlich Pflegemaßnahmen im Ripsdorfer Moor durchgeführt.

Mehr Infos: [www.AHO-NRW.de](http://www.AHO-NRW.de)

*Das Stattliche oder Manns-Knabenkraut (*Orchis mascula*) ist die Orchidee des Jahres 2009. Die Biotoppflegemaßnahmen des AHO beinhalten auch Besucherlenkungssysteme – wie hier im Ripsdorfer Moor.*

Fotos: A. und H. Baum



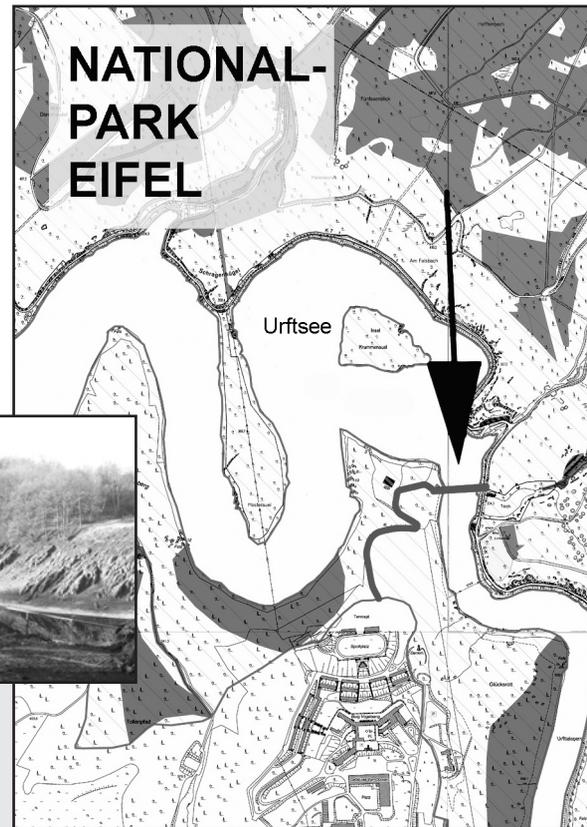
## Nationalpark Eifel auf Abwegen

Das einstige „Leuchtturmprojekt“ des NRW-Naturschutzes, der Nationalpark Eifel, droht zunehmend ausgehöhlt zu werden. Die lange Serie nationalparkschädlicher Entwicklungen gipfelte im Dezember 2008 im Baubeginn einer umstrittenen Brücke über den Urftsee. Mitten im Nationalpark gelegen, soll diese nach den Plänen des Kreises Euskirchen und der Nationalparkverwaltung eine Wegeverbindung zwischen der Burg Vogelsang und dem nördlich der Urft gelegenen Kermeter schaffen. Nicht nur, dass diese Brücke von den örtlichen BUND-Aktiven um Volker Hoffmann und Marietta Schmitz als überflüssig abgelehnt wird. Nein, sie hätte obendrein ausgerechnet die Winterquartiere der streng geschützten Mauereidechse massiv beeinträchtigt. Dabei ist die Mauereidechse eine der Charakterarten des Nationalparks, ihr Schutz sollte zumindest im Nationalpark eine Selbstverständlichkeit sein.

Weit gefehlt. Kurz vor Weihnachten rückten die Bagger an. Die Naturschutzverbände waren zuvor erst gar nicht beteiligt worden. Unterstützt von LNU und NABU beantragte der BUND beim Verwaltungsgericht Aachen daraufhin eine einstweilige Anordnung für einen Baustopp der geplanten Brücke. Der BUND machte geltend, dass für das Bauvorhaben weder eine Umweltverträglichkeitsprüfung noch das erforderliche Planfeststellungsverfahren und die gesetzlich erforderliche Beteiligung der Naturschutzverbände durchgeführt worden seien.

Der Kreis Euskirchen lenkte ein und stoppte alle Bauarbeiten. Auf einem „Krisengipfel“ einigten sich alle Beteiligten schließlich nach kontroversen Verhandlungen auf einen Kompromiss. Dieser sieht zum Schutz der Mauereidechsen eine Verschiebung der Bauarbeiten und weitere Verbesserungen für den Naturschutz im Nationalpark Eifel vor. Zwar konnte das Brückenbauwerk letztendlich nicht verhindert werden, dennoch bedeutet die Einigung einen Gewinn für den Naturschutz. Inwieweit sich der Kreis Euskirchen jedoch zukünftig nationalparkkonform verhalten wird, bleibt abzuwarten.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/naturschutz/themen/nationalpark\\_eifel/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/naturschutz/themen/nationalpark_eifel/)



Bagger im Nationalpark. Das Motto „Natur Natur sein lassen“ scheint hier nicht zu gelten. Foto: M. Schmitz



Th: Stephan / BUND

## Rettungsnetz für die Wildkatze

Die einst zusammen hängenden Wälder in Deutschland sind heute durch Landwirtschaft, Siedlungen und Straßen voneinander getrennt. Waldbewohner wie die seltene Wildkatze leben daher nur noch voneinander isoliert in den restlichen größeren Waldgebieten. Diese verbliebenen Lebensräume sind jedoch für sich allein genommen meist zu klein, um langfristig das Überleben

der Art zu sichern. Bestehende Vernetzungskorridore müssen daher erhalten und zusätzliche neue Korridore geschaffen werden, um den Austausch zwischen bisher isolierten Regionen zu ermöglichen und neue Gebiete zu erschließen.

Im Rahmen des Projektes „Rettungsnetz für die Wildkatze“ haben die BUND-Experten begonnen, einen Wildkatzenwegeplan für Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten. Darin werden die bisherigen Lebensräume der Wildkatze, mögliche neue Ansiedlungsgebiete, die am besten geeigneten Verbindungskorridore sowie die Konfliktpunkte mit Straßen verzeichnet. Damit liegt in Kürze eine umfangreiche und gut überprüfte Datenbasis vor, die als Grundlage sowohl für die Biotopverbundplanung in NRW als auch für konkrete Schutzmaßnahmen vor Ort dienen kann. Langfristiges Ziel ist die Anbindung der Wildkatzenvorkommen von Eifel und Westerwald über die Populationen im Rothaargebirge über Eggegebirge bis hin nach Niedersachsen.

Mehr Infos: [/www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/naturschutz/projekte/bund\\_artenschutzprojekte/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/naturschutz/projekte/bund_artenschutzprojekte/)



## Argusbläuling ist Schmetterling des Jahres

Die BUND NRW Naturschutzstiftung und die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. haben den Argusbläuling zum Schmetterling des Jahres 2008 gewählt. Vom dem Falter, der auch Geißkleebläuling genannt wird, existieren zwei verschiedene Lebensraumtypen: eine Trockenform, die nährstoffarme Heideflächen, sandige Böschungen und Magerrasen besiedelt, und eine Feuchtform, die an Moorrändern lebt. Wenn Moore trockengelegt werden und bei Aufgabe der traditionellen landwirtschaftlichen Nutzung wie Mahd, Beweidung oder Plaggen wachsen Moore und Heiden langsam zu und verbuschen. Der Stickstoffeintrag aus der Luft, der als zusätzlicher Dünger über den Regen in den Boden gelangt, verstärkt das noch. Die Zerstörung seiner Lebensräume ist daher die Hauptursache dafür, dass der Argusbläuling nach der Roten Liste in Deutschland als gefährdet gilt.

Während die Männchen von *Plebeius argus* L. blaue Flügeloberseiten haben, sind sie beim Weibchen bräunlich mit leuchtenden orangen Flecken. Mit einer Flügelspannweite von nur 20–23 Millimeter zählt der gefährdete Argusbläuling zu den kleineren Schmetterlingen. In Nordrhein-Westfalen kommt der Falter noch in der Eifel, auf dem ehemaligen Munitionsdepot Brüggen-Bracht und in der Senne vor.

Mehr Infos: [www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de](http://www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de)

## „Baum ab – nein danke!": Baum-Kahlschläge in NRW

Nicht erst seit dem Orkan Kyrill haben sich die (Über-)Lebensbedingungen der Bäume in NRW – egal ob sie in Wäldern oder an städtischen Straßen stehen – dramatisch verändert. Die Begehrlichkeiten der Großwaldbesitzer und der Holznutzungsindustrie nach der „schnellen“ Holz-Biomasse – wie z. B. das RWE mit seinen 20 geplanten Biomasse-Heizkraftwerken – lassen eine auch von der Landesregierung unterstützte Ausplünderung unserer Wälder befürchten.

Der BUND hat die Landesregierung und die Öffentlichkeit immer wieder auf dieses krasse Missverhältnis zwischen dem dringend erforderlichen Erhalt der Biodiversität und einer aggressiven Nutzung der Biomasse Holz für Energie hingewiesen. Die landesweit kontrovers diskutierten Vorhaben wie etwa Staatswaldverkäufe oder Kurzumtriebsplantagen zur Biomassenutzung für Heizkraftwerke haben den BUND veranlasst, einen Landesarbeitskreis Wald und Stadtbäume zu installieren. Es finden inzwischen regelmäßige Treffen und Waldspaziergänge statt, die Kontakte zu anderen engagierten forstfachlichen Gruppen werden ausgebaut.

Auch der städtische Baumschutz gehört zum Arbeitsspektrum des BUND. Nicht nur, dass die Landeswaldpolitik deutliche Rückschritte befürchten lässt, auch die Kommunen haben sich inzwischen weitgehend aus ihrer Fürsorgepflicht für die Pflege, den Erhalt und die Förderung der städtischen Baumpopulationen zurückgezogen. Jeweils in den Wintermonaten ist es üblich geworden, großflächig Bäume in Parks, an Straßen oder Grünflächen zu fällen. Der BUND hat bei all seinen Aktivitäten immer wieder die lokalen Verantwortlichen in Verwaltung und Politik aufgefordert in Zeiten des

Klimawandels den stadtoökologisch umso wichtigeren Schutz von Stadtbäumen zu gewährleisten, statt weiterhin verheerende Kahlschläge zu veranstalten – unter dem Deckmantel einer meist nur vorgeschobenen Begründung: „Verkehrssicherungspflicht“. Die in vielen Kommunen nicht oder kaum noch vorhandene fachliche Qualifikation der Mitarbeiter führt dazu, dass dort nur noch die Säge regiert, wo Sachverstand gefragt wäre. Hieraus resultiert konsequenterweise die in den meisten Kommunen inzwischen erfolgte Abschaffung der Baumschutzsatzungen. Wertvoller, vor allem alter Baumbestand ist so auch auf Privatgrund mutwillig, unsensibel und zugunsten von Baumaßnahmen vernichtet worden.

In engem Kontakt mit betroffenen Kreis- und Ortsgruppen, aber auch mit vielen Bürgerinitiativen und Privatpersonen aus ganz NRW versuchen der BUND auch hier kommunale Verwaltungen und Politiker dafür zu gewinnen, ihren Verpflichtungen zur Erhaltung und Pflege von Stadtbäumen wieder gerecht zu werden. Unter dem Motto: „Baum ab – nein danke!“ will der BUND als ehrenamtliche Baum-Lobby auch in Zukunft das öffentliche Bewusstsein zugunsten der Bäume stärken – gleich ob diese im Wald, in unseren Städten und Gemeinden oder entlang der Bundes- und Landstraßen wachsen.



*Baum-Kahlschlag in der Stadt: Häufig muss als Argument die Verkehrssicherungspflicht herhalten. Foto: H. Meister*

## 30 Jahre Widerstand gegen A 33

Die A33 hat schon eine fast 30jährige Planungsgeschichte und ebenso lang ist der Widerstand der Naturschützer dagegen. Unter der ehemaligen rot-grünen Landesregierung fanden dann Gespräche zwischen BUND und dem damaligen Verkehrsminister Axel Horstmann statt, die in der sogenannten „Düsseldorfer Vereinbarung“ mündeten. Durch eine Verlegung der Trasse aus dem FFH-Gebiet Tatenhauser Wald, einem der bedeutendsten Vorkommen der Bechsteinfledermaus im atlantischen Raum, und mittels etlicher großer Grünbrücken sollten die Schäden durch den Straßenbau möglichst gering gehalten werden. Doch die neue Landesregierung fühlte sich an das Ministerwort nicht mehr gebunden und verweigerte weitere Gespräche.

Unter Protest hatte daraufhin der BUND die Anhörung des Planfeststellungsverfahrens im vergangenen Jahr verlassen, da von Straßenseite die Bedenken und Anregungen der Naturschützer kategorisch ignoriert worden waren.

Dies zeigte dann doch endlich Wirkung und das Land bot an, sich mit dem BUND an einen Tisch zu setzen und über Grünbrücken und Schutzmaßnahmen für streng geschützte Arten, wie den dort vorkommenden Steinkauz zu verhandeln. In zähen und langwierigen Verhandlungen konnten dem Land einige Zugeständnisse abgerungen werden. So war zunächst – aus Naturschutzsicht völlig unverständlich – geplant, auf die Grünbrücken auch Straßen zu legen. Dies wurde revidiert. Weiterhin konnten verbesserte Schutz- und Ersatzmaßnahmen für den Steinkauz erreicht werden. Weitere wichtige Forderungen stehen noch im Raum. So z.B. eine große, landschaftsraumverbindende Grünbrücke und eine

angemessene Grünunterführung der Hessel, eines Baches, der eine sehr wichtige Vernetzungsfunktion nicht nur für streng geschützte Fledermaus- und Vogelarten zwischen verschiedenen FFH-Gebieten besitzt.

Die Gespräche sind aktuell abgeschlossen und der BUND wartet momentan auf die Veröffentlichung der sogenannten Deckblätter, in denen die Veränderungen planungsrechtlich festgelegt werden. Nach Auswertung dieser Deckblätter wird sich für den BUND die Frage stellen, ob die Änderungen hinreichend sind oder ob der BUND vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Klage erheben wird, um für die Natur noch Verbesserungen erreichen zu können.

Seit nunmehr 30 Jahren kämpft der BUND gegen den Weiterbau der Autobahn 33 im Raum Bielefeld-Borgholzhausen-Halle. Foto: BUND-Archiv



## Fledermäuse willkommen

Die Akzeptanz für Fledermäuse in der Bevölkerung und insbesondere bei Hausbesitzern aber auch Kirchengemeinden will der BUND durch das Projekt „Fledermäuse willkommen“ verbessern. Etliche unserer heimischen Fledermausarten, wie z.B. unsere kleinste Art, die Zwergfledermaus, aber auch unsere größte, die Breitflügelfledermaus, beziehen gern ihr Quartier in Häusern. Dabei handelt es sich durchaus nicht immer nur um alte Kirchen oder Schlösser, sondern auch ganz normale und auch durchaus moderne Häuser werden besiedelt.

Doch nicht immer sind die Flattertiere auch willkommen. Unverständlicherweise werden sie manchmal nicht gern als Untermieter gesehen und durch Modernisierungen und Wärmedämmmaßnahmen fallen immer wieder Quartiere weg, weil Spalten und Hohlräume abgedichtet werden.

Darum möchte der BUND mit dem Projekt „Fledermäuse willkommen“ dafür sorgen, dass vorhandene Quartiere geschützt werden und neue Quartiere an Häusern z.B. durch Anbringen von sogenannten Fledermaussteinen geschaffen werden.



Der BUND startet zunächst das Projekt in Ostwestfalen-Lippe, es werden aber für andere Regionen und Kreise noch Fledermausexperten gesucht, die Interesse haben, das Projekt ehrenamtlich als örtliche Ansprechpartner zu betreuen.

Mehr Infos: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/naturschutz/projekte/bund\\_artenschutzprojekte/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/naturschutz/projekte/bund_artenschutzprojekte/); Kontakt: Bernd Meier-Lammering, Tel.: 0521 5573903  
mail: [bernd.meier-lammering@bund.net](mailto:bernd.meier-lammering@bund.net)



## Widerstand gegen Flächenfraß und Kiesabbau

Jeden Tag gehen in der Bundesrepublik Deutschland ca. 120 ha Freifläche verloren, in NRW sind es ca. 15 ha. Für Wohn- und Gewerbegebiete, für Straßen und Parkplätze, für Sport- und Freizeitanlagen verschwinden sie unter Beton, Asphalt oder anderen Materialien, die den Boden versiegeln. Genügend freie, noch unbebaute Landschaft ist aber eine für die Zukunft der Menschen in unserem Land unentbehrliche Ressource: als Acker für die Ernährung, als Futtergrundlage für Nutztiere, als Lebensraum für wild lebende Tiere und Pflanzen, als Raum der

Erholung, zur Bildung von Quell- und Grundwasser, als Schadstoffsenke, aber auch als Gestaltungsmöglichkeit für künftige Generationen. So sind sich alle, auch die Politiker, einig, dass der Flächenverbrauch reduziert werden muss. Praktisch geschieht aber das Gegenteil, wie die eingangs geschilderte tatsächliche Entwicklung beweist und was sich auch wieder an den Konjunkturprogrammen 2008 gezeigt hat: Hektisch werden Orgien in Autobahn-, anderen Straßenbau und in zahlreiche flächenfressende Vorhaben - beschönigend „Infrastrukturmaßnahmen“ genannt - ins Werk gesetzt. Wir hinterlassen künftigen Generationen nicht nur einen riesigen Schuldenberg, sondern auch Betonwüsten, die diese erst werden beseitigen müssen, wenn sie sich eine freundlichere Umwelt schaffen wollen.

Der BUND ist auf vielen Ebenen aktiv. In der beim NRW-Umweltministerium angesiedelten „Allianz für die Fläche“ kämpfen wir dafür, dass es nicht nur bei Lippenbekenntnissen zum Freiraumschutz bleibt. Eine breite Wirkung hat die kritische Mitwirkung des BUND an den zahlreichen raumbezogenen Planungen: vom derzeit in der Aufstellung befindlichen Landesentwicklungsplan (LEP), über die Regionalpläne bis zu den Flächennutzungs- und Bebauungsplänen und zahlreichen Fachplanungen, die sich in Planfeststellungsbeschlüssen niederschlagen.

Hoch her ging es am Niederrhein. Anlässlich des Erörterungstermins zur 51. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes in Wesel forderten die nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände die Landesregierung auf, dem Kiesraubbau am Niederrhein durch restriktive landesplanerische Vorgaben ein Ende zu setzen. Die bisherige Logik der nachfrageorientierten Bedarfsermittlung und die damit einhergehende ungebremschte Flächeninanspruchnahme müsse jetzt durchbrochen werden. Es könne nicht angehen, dass weiterhin quasi auf Zuruf der Abgrabungsindustrie die niederrheinische Kulturlandschaft großflächig abgebaggert wird.

Unterstützt wurden die Verbändeforderungen durch massive Bürgerproteste vor Ort. Im Verfahren zur GEP-Änderung nahmen rund 15.000 Bürger, Behörden und Unternehmen Stellung. Anfang Dezember wurde dann die Genehmigung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW bekannt gemacht. Mit diesem abschließenden Verfahrensschritt traten die neuen Vorgaben zur Rohstoffgewinnung in Kraft. Zentraler Gegenstand dieser bislang komplexesten Änderung des Regionalplans ist die viel diskutierte neue Erläuterungskarte „Rohstoffe“. Die Karte enthält Reservegebiete, die im Hinblick auf eine mögliche spätere Darstellung als Abgrabungsbereiche vorsorgend gesichert werden sollen.

Doch damit ist der Widerstand gegen den Raubbau am Niederrhein keineswegs beigelegt. Es zeichnet sich ab, dass zukünftig um viele einzelne geplante Abgrabungsflächen juristische Auseinandersetzungen folgen werden.

Mehr Informationen: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/boden\\_und\\_freiraumschutz/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/boden_und_freiraumschutz/)

## BUND gewinnt Prozess

Verletzung des Urheberrechts oder zulässige Parodie? Darüber musste das Landgericht Düsseldorf entscheiden. Der BUND hat die bekannten „Wir machen den Weg frei“-Anzeigen der Volksbanken verfremdet und im Rahmen seines Flächenschutz-Projekts im Internet und einer Broschüre veröffentlicht. Ziel war es, auf die Mitverantwortlichkeit der Banken bei der Finanzierung von Neubaugebieten im Grünen hinzuweisen. Aus „Wir machen den Weg frei“ wurde „Wir machen die Natur platt“.

Dagegen wandte sich der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken und beantragte unter Berufung auf sein Urheberrecht an dem ursprünglichen Bildmotiv eine einstweilige Verfügung. Das Landgericht Düsseldorf lehnte den Antrag jedoch ab. Das neue Motiv sei eine eigenständige künstlerische Gestaltung, die den notwendigen Abstand zu dem Ursprungsmotiv wahre, und enthalte deshalb eine zulässige Parodie.

Immerhin erklären die Volksbanken jetzt, dass sie vorrangig Ausbau und Umbau statt Neubau finanziell fördern wollen. Die Kampagne war also durchweg erfolgreich.



## Wasserrahmenrichtlinie in NRW: Durchwachsene Zwischenbilanz

Das Jahr 2008 war für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie von großer Bedeutung. Endlich hatte das Land NRW damit begonnen, die Öffentlichkeit vor Ort intensiver in den Planungsprozess einzubinden. Mit den Runden Tischen sollte die Rahmenbedingungen in den Planungseinheiten erfasst und erste Vorschläge für die Maßnahmenplanung gebildet werden. Trotz der widrigen Ausgangslage – Termine während der normalen Arbeitszeiten, spät kommende Unterlagen, wechselnde Vorgaben des Ministeriums – haben sich viele BUND-Mitglieder bei diesen Treffen engagiert. Zusätzlich wurden viele dieser Treffen von *Wassernetz*-Projektleiter Dr. Christoph Aschemeier besucht, um die notwendige Präsenz des Naturschutzes zu gewährleisten. Ein Workshop des *Wassernetz NRW* zur Vorbereitung auf die Runden Tische wurde von ca. 40 Naturschützern darunter vielen BUND-Mitgliedern besucht.

Die Bilanz der Runden Tische fällt aus der Sicht des BUND eher mäßig aus. Die bereits angesprochenen Schwierigkeiten, haben eine konstruktive Mitarbeit in einigen Regionen deutlich behindert. Da es keine Beschränkungen bei der Zusammensetzung der Treffen gab, wurden die Runden Tische zu Teil massiv durch einzelne Interessengruppen, vor allem die Landwirtschaft dominiert. Deutlich erkennbar ging es dabei darum, den möglichen Maßnahmenbedarf bereits bei der Planung auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Auch der Abschluss dieser Planungsphase bleibt unbefriedigend, denn durch eine neue Strategie des Umweltministeriums wurden abschließend nur noch so genannte Programm-Maßnahmen festgelegt. Solche Maßnahmen enthalten in der Regel keine konkreten Orts- oder Zeitangaben (Renaturierung des A-Baches zwischen 2010 und 2012) sondern nur relativ „weiche“ Absichtserklärungen: „Maßnahmen zur Habitatverbesserung im Gewässer [...] für die Wasserkörpergruppe XY bis 2027“. Anregungen und Kritik der Umweltverbände blieben dagegen oft auf der Strecke und wurden nicht in die Planung aufgenommen.

Einen weiteren Schwerpunkt in der ersten Jahreshälfte bildete die Beschäftigung mit den der zweiten Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung, der Stellungnahme zu den wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen in NRW. Das *Wassernetz* hat hier gemeinsam mit dem verbändeübergreifenden Landesarbeitskreis Wasser eine umfangreiche Stellungnahme verfasst, die auch eine wichtige Grundlage für die Bewertung der endgültigen Bewirtschaftungsplanung bildet.

Die zweite Jahreshälfte war vor allem durch die Vorbereitung auf die abschließende dritte Beteiligungsphase geprägt. Bis zum 22.12.2008 musste das Land Entwürfe für die Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme in NRW vorlegen. Die Stellungnahme zu diesen Dokumenten ist von entscheidender Bedeutung, denn die Pläne legen den Umgang mit unseren Gewässern,

dem Grundwasser und dem Trinkwasser mindestens bis zum Jahr 2015 fest. Wie sich mittlerweile herausgestellt hat laufen viele Vorgaben für die Gewässerrenaturierung sogar bis zum Jahr 2027! Einige Gewässerexperten aus dem Landesarbeitskreis Wasser des BUND wie auch aus anderen Verbänden haben daher im Herbst 2008 eine gemeinsame „Arbeitsgruppe Stellungnahme“ gebildet, die sich vorrangig mit den landesweiten Planungsaspekten beschäftigt. Das *Wassernetz NRW*



Aktion für besseren Gewässerschutz am Rhein.

Foto: C. Aschemeier

hat für die Erstellung einer umfassenden Stellungnahme ein erweitertes Internetangebot geschaffen, in dem sich alle Naturschützer umfassend informieren und einfach äußern können. Bis zum offiziellen Ende der Beteiligungsphase am 21. Juni sollen so möglichst viele konstruktive Vorschläge zu den Maßnahmenprogrammen gesammelt werden. Das Internet ist aber für uns nicht das Maß aller Dinge, wir freuen uns auch über Ihre Beiträge per Email, Brief oder Fax.

Für das Jahr 2009 sind zwei weitere landesweite Arbeitstreffen zur Beteiligung geplant. Wenn Sie Interesse an der Mitarbeit haben, oder sich einfach mal über den Stand der Dinge informieren wollen freut sich das *Wassernetz* auf Ihre Kontaktaufnahme.

*Das Wassernetz NRW ist ein gemeinsames Projekt der drei anerkannten Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU. Es wird finanziell unterstützt vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.*



*Kontakt: Wassernetz NRW, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Telefon: 0211/302005-27*

## Kormoranjagd in Schutzgebieten

Trotz des BUND-Protestes hat die NRW Landesregierung die Bejagung des eigentlich geschützten Kormorans nun auch in Naturschutzgebieten und während der Brutzeit unter bestimmten Voraussetzungen freigegeben.

Kormorane sind aufgrund der europäischen Vogel-schutzrichtlinie und nach dem Bundesnaturschutzgesetz bundesweit eine besonders geschützte Art. Trotzdem war bereits 2006 in NRW mit der Kormoran-Verordnung ein rechtlicher Rahmen für den generellen Abschuss von Kormoranen außerhalb von Schutzgebieten geschaffen worden. Zigtausendfacher Abschuss war die Folge. Mit der Ausweitung der Bejagung ist der Vogel jetzt noch nicht einmal in Vogelschutzgebieten sicher.

Der BUND hält so genannte Vergrämungsabschüsse innerhalb von Schutzgebieten schlichtweg für rechtswidrig. Auch sachlich ist der Kormoranmord nicht zu rechtfertigen. Das immer wieder von Seiten der Fischerei vorgetragene Argument, der Kormoran müsse geschossen werden, um die gefährdeten Bestände der Äsche zu retten, ist nicht stichhaltig. Ein wissenschaftlicher Beweis für eine Gefährdung der Äsche durch den Kormoran ist bisher nicht seriös geführt worden.

Besonders zugespitzt hat sich die Situation im EG-Vogelschutzgebiet „Weserstaustufe Schlüsselburg“ im Kreis Minden-Lübbecke, wo BUND-Aktivist Gert Ziegler seit Jahrzehnten für den Vogelschutz kämpft. Das Gebiet ist eines der bedeutendsten Brut-, Mauser-, Rast-, Durchzugs- und Überwinterungsgebiete für Wasser- und Watvögel im nordwestdeutschen Binnenland. Nach dem massiven Ausbau von Privatwegen zu öffentlichen Wanderwegen, der Ablehnung einer naturschutzverträglichen Besucherlenkung, der Genehmigung einer privaten Touristenfähre und der Zulassung des Sportangelns im Kernnaturschutzgebiet 'Staustufe Schlüsselburg' soll jetzt auch die Vogeljagd ganzjährig per Ausnahmegenehmigung möglich werden.

Das Beispiel zeigt: Insbesondere beim seitens der Landesregierung lautstark propagierten Artenschutz und dem Erhalt der Biodiversität klaffen Anspruch und Realität weit auseinander.



## Nationalpark Siebengebirge: Sympathie und Skepsis

In 2008 wurde die Planung eines Nationalparkes Siebengebirge durch die Landesregierung weiter vorangetrieben. Zum Teil kräftiger Gegenwind kam von der FDP, aus der Bürgerschaft und auch von Naturschutzseite.

Bei aller Kritik und allen Vorbehalten gegenüber der Nationalparkplanung sieht der BUND in NRW seine Aufgabe weiter darin, die sich bietenden Chancen für den Naturschutz zu nutzen, ohne dabei die Forderung nach der Einhaltung ausreichender Standards aus dem Blick zu verlieren. Da das Management des ältesten deutschen Naturschutz- und hochrangigen FFH-Schutzgebietes zu wünschen übrig lässt, hat der BUND ganz pragmatisch den vom Land betriebenen Nationalparkprozess dazu genutzt, Schwachpunkte aufzuzeigen und abzustellen und auf diese Weise schon einiges erreicht:

So wurden ein Einschlagmuratorium - wie vom BUND gefordert - erlassen, Waldflächen östlich der A 3 im Lorgebachtal in die Gebietskulisse integriert, die ursprüngliche Trägerkonstruktion gekippt, das Zielartenspektrum im Verordnungsentwurf erweitert und ein Verfahren zur Anpassung des Regionalplanes zur Absicherung des Waldverbundes nach Osten und der Verbundfunktionen im unteren Bereich des Pleisbachtals verabredet.

Hätte sich der BUND allein auf die anfangs erhobene Forderung nach einem Biosphärenreservat beschränkt, wären diese Erfolge nicht erreicht worden. Ebenso wenig hätte der BUND die Nationalparkplanung stoppen und eine andere Alternative durchsetzen können. Derweil haben sich andere Verbände wie der NABU und der Deutsche Naturschutzring (DNR) in dem Verfahren bisher nur grundsätzlich ablehnend geäußert und dadurch dem Naturschutz im Verfahren im Abgleich mit entgegenstehenden Nutzerinteressen kein größeres Gewicht verleihen können.

Der BUND wird weiterhin den Prozess der Nationalparkplanung kritisch und konstruktiv begleiten. Ob letztendlich dem Ergebnis des Abstimmungsverfahrens, insbesondere Wegeplanung und Nationalpark-Verordnung zugestimmt werden kann, wird bei dessen Vorlage zu entscheiden sein.

Da der BUND unabhängig von der Nationalparkplanung das Siebengebirge als Naturraum sichern und entwickeln will, ist auf unsere Initiative hin eine verbändeübergreifende Erklärung zu den Naturschutz-Zielen für das Siebengebirge verabschiedet worden, die in ausreichender Klarheit die Trennungslinie gegenüber den aus lokalen Egoismen heraus agierenden Bürgerinitiativen gegen den Nationalpark aufzeigt.





Mehr als 250 geschützte Tier- und Pflanzenarten sind in der Sürther Aue zuhause. Sie sollen für einen überflüssigen Hafenausbauprojekt weichen.

Fotos: BUND-Archiv, GoogleEarth

## Kölner Klüngel gegen Sürther Aue

Der BUND trauert mit tausenden BürgerInnen im Kölner Süden über eine großflächige Naturzerstörung. Die Sürther Aue, ein verwildertes und geliebtes Trittsteinbiotop am Rhein, letzter Puffer zwischen Industrie und Wohnbebauung wurde gerodet und zerstört, der Bau des Containerhafenbeckens wird weiter vorangetrieben. Aber noch gibt es Hoffnung, den Bau zu verhindern und das Gebiet zu renaturieren.

Trotz jahrelang andauernder Proteste, schwebender Gerichtsverfahren und einem vom BUND und fast 38.000 Kölner BürgerInnen unterstützten Votum für ein Bürgerbegehren blieb die schwarzrote Betonkoalition im Kölner Rat unerbittlich. Trotz bröckelnder Mehrheit – zuletzt nur noch 46 zu 39 Stimmen – will sie den überflüssigen Hafenausbauprojekt durchsetzen.

Nachdem bereits 2007 ein vom BUND mit in Auftrag gegebenes Gutachten den Nachweis erbrachte, dass es genügend Platz für mehr Container im vorhandenen Hafen Niehl I gäbe, konnte dies 2008 durch ein versierte und detaillierte Untersuchung der Aktionsgemeinschaft weiter erhärtet werden.

Demnach kann locker ein Vielfaches des bisherigen Containerumschlages im Hafen Niehl in Verbindung mit einem im Bau befindlichen landseitigen Umschlagsterminal bewältigt werden. Ein weiteres Gutachten (Planco) der Kölner Hafengesellschaft (HGK) von Ende 2008 belegte ebenfalls, dass entgegen den Aussagen im Planfeststellungsbeschluss wesentlich mehr Platz in Niehl vorhanden ist, stellte aber in Frage, ob die prognostizierte Verdreifachung des Containerumschlages in Niehl bewältigt werden könnte. Dabei ist diese Verdreifachung eine aberwitzige Prognose der Hafenausbaufanatiker, die mittlerweile von der Realität völlig ad absurdum geführt wurde. Die schnöde Wirklichkeit lautet: mehr als 5% minus in 2008, ein weiterer Absturz in 2009 ist abzusehen, alle bisherigen Planungen sind Schall und Rauch.

BUND, NABU und LNU haben den Regierungspräsidenten, sowie den Innen- und Umweltminister aufgefordert, auf Grund der neuen Zahlen und Untersuchungsergebnisse den Baufortgang zu stoppen, vorerst ohne Erfolg. Damit erwies sich Umweltminister Uhlenberg einmal mehr als Schönredner, der in der „Allianz für die Fläche“ und in schönen Broschüren den Flächenverbrauch anprangert um sich dann weg zu ducken, wenn es ernst wird.

Nicht geholfen hat die EU-Beschwerde, die der BUND Ende 2007 in Brüssel eingereicht hat. Trotz intensivem Austausch mit dem Brüsseler Bearbeiter der Beschwerde und der belegten Zerstörung des Lebensraumes von Nachtigall, Feldschwirl, Zauneidechse, Schwarzmilan und weiteren 250 geschützten Tier- und Pflanzenarten sowie der Beeinträchtigung der FFH-Fischschutzzone am Sürther Ufer kam mittlerweile das kühle Aus für die Beschwerde. Begründet wurde dies vor allem damit, dass die deutschen Behörden die europarechtliche „Un-erheblichkeit des Eingriffes“ nachgewiesen hätten. Vor allem sei der Hafenbetrieb mal gerade mit 3 zusätzlichen Schiffsbewegungen verbunden, sodass die Fischschutzzone nicht beeinträchtigt würde. Die Wirtschaftlichkeit, d.h. ob mal eben hierfür 60 Mio Euro verbaut werden dürften, hätte die Generaldirektion Umwelt in Brüssel nicht zu bewerten.

Damit liegt der Ball eindeutig und alleine bei der Kölner Kommunalpolitik. Es stehen Wahlen in Köln an. Der BUND wird dabei helfen, dass die Klüngel- und Betonfraktionen in Köln die Quittung für diese Naturzerstörung erhalten.

Mehr Informationen: [www.suerther-aue-retten.de](http://www.suerther-aue-retten.de)

## Dauerproblem PFT

Auch im Jahre 2 nach der Aufdeckung des PFT-Skandals an Ruhr und Möhne ging Schadensbegrenzung vor Ursachenbekämpfung. Der BUND stellte wiederholt klar: Das Problem besteht vor allem in der Erlaubnis zur Herstellung, Produktion und Verwendung solcher schwer

abbaubarer giftiger Stoffe zur Profitmehrung der chemischen Industrie. Mittlerweile regelt zwar die europäische REACH-Richtlinie die Chemikalienpolitik, wie befürchtet ist aber zügiges Handeln und ein durchgreifendes Verboteregiment nicht in Sicht. Es wird um Ausnahmen und Fristverlängerungen gefeilscht, klare Grenzwerte und Vorgaben für die Aufbereitung fehlen, das Gift wird weiter – legal – in die Gewässer eingeleitet.

Nachdem in Möhnesee und Ruhr durch die laufende Sanierung des belasteten Ackers in Brilon Scharfenberg die PFT-Gehalte heruntergingen, wurde die alltägliche Belastung durch diese Chemiegifte sichtbar. Anfang 2007 lag die PFT-Fracht in der Ruhr bei ca. 500 Gramm am Tag, von denen etwa zwei Drittel aus den verseuchten Flächen an der Möhne stammten. Diese Fracht ging im Verlauf des Jahres 2008, abgesehen von Ausreißern nach oben bei höheren Wasserführungen, auf ca. 250 g pro Tag zurück. Dies ist die Basisbelastung der Ruhr durch den alltäglichen Zufluss aus den Kläranlagen in ihrem Einzugsgebiet. Hierzu wurden, wie vom BUND permanent gefordert, endlich Einleiterdaten vorgelegt und so das „Staatsgeheimnis Abwasser“ an der Ruhr ein Stück weit gelüftet. Vor dem Hintergrund mangelnder Rechtsgrundlagen

beschränkte sich der Umweltminister gegenüber den Verursachern auf freiwillige Vereinbarungen, Beratung und die Verteilung von Fördermitteln. Politische Initiativen für verbindliche Grenzwerte und eine konsequente Überwachung waren hingegen Fehlangelegenheit. Im Gegenteil, die allgemeine Indirekteinleiterüberwachung wurde im Zuge der Verwaltungsreform auf Minimum eingedampft oder ganz eingestellt.

Höchst ärgerlich: Auch 2008 kam es nicht zu dem Prozess gegen die PFT-Panscher aus dem Sauerland. Man tue sich schwer in der Beweisführung, heißt es. Hierzu haben sicher Pannen und Versäumnisse der Verantwortlichen in der Anfangsphase, die auch Gegenstand von BUND Anzeigen und Beschwerden waren, erheblich beigetragen. Im Hinblick auf künftige Skandale zeigt sich, wie wichtig die Umsetzung der alten BUND-Forderung nach einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Umwelt“ ist. Auch die BUND-Forderung nach einem Untersuchungsausschuss zu den politischen Begleitumständen des PFT-Skandals bleibt auf der Tagesordnung. Zusammen mit den Ungereimtheiten um die offenbar ungerechtfertigte Verhaftung des früheren Abteilungsleiters Harald Friedrich besteht dringender Aufklärungsbedarf. Es bleibt spannend!



Von der Anpflanzung der Bäume – hier im Rhein-Sieg-Kreis – bis zur Vermostung der geernteten Äpfel im „Neusser Saftmobil“: Obstwiesenschutz wird im BUND groß geschrieben.

Fotos: A. Baumgartner, I. Arndt

## Obstwiesenschutz im BUND

Von der niederländischen Grenze bis hin nach Ostwestfalen engagieren sich fast 20 BUND-Gruppen in NRW im Streuobstwiesenschutz. Sie legen neue Obstwiesen an und pflanzen in alten Beständen junge Bäume nach; sie schneiden die Gehölze fachgerecht und ‚erziehen‘ sie beim Kronenaufbau; sie schützen die Bäume vor Verbiss, halten Baumscheiben offen, mähen die Wiesen oder lassen sie mit Schafen beweidet. Es gibt immer etwas zu tun! Sie kartieren Obstwiesen und erarbeiten Vorschläge, um die Flächen langfristig zu erhalten, bieten Schnittkurse und Führungen an, organisieren Sortenbestimmungen, Apfelfeste und Vorträge.

Herausragend sind die vielen Saftprojekte: Die BUND-Aktiven sammeln Jahr für Jahr tonnenweise Streuobststapel und richten zur Erntezeit Sammelstellen ein; dabei belohnen sie die Obstwiesenbesitzer mit einem höheren Preis als allgemein üblich und lassen

die Früchte zehntausenden Flaschen naturtrüben Safts vermosten.

Die Arbeit macht Freude und zeigt Erfolge! Zahlreiche Obstwiesen konnten erhalten werden – und damit wertvoller Lebensraum für viele Tierarten. Insbesondere Vögel, Käfer, Schmetterlinge und Kleinsäuger profitieren von dem reichhaltigen Angebot an Höhlen, Blüten und herabfallenden Früchten. Das Bewusstsein für die vielen altbewährten regionalen Obstsorten wird gestärkt.

Sie möchten selber Obstbäume pflanzen?

Hinweise auf geeignete Sorten in Ihrer Region sowie eine Übersicht über die BUND-Streuobstprojekte in NRW finden Sie unter [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/landwirtschaft\\_gentechnik/obstwiesenschutz\\_streuobstvermarktung/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/obstwiesenschutz_streuobstvermarktung/)



# Immissionsschutz und Abfallpolitik: Von Störfällen und Mafiamüll...

Die schwarz-gelbe Landesregierung war 2005 angetreten, den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu stärken, Bürokratie abzubauen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Das Resultat ist wie erwartet deutlich: Kaum ein Monat vergeht ohne Chemie-Störfall, NRW droht zum Müllklo der ganzen Welt zu werden, die hohen Ansprüche an die Luftreinhaltung wurden über Bord geworfen.

Doch die Bürgerinnen und Bürger lassen sich das nicht mehr widerstandslos gefallen. Eine ganze Region protestiert so zum Beispiel weiterhin gegen den Bau der BAYER-Giftgas-Pipeline. BUND und Bürgerinitiativen machen auch gemeinsam gegen die „Dreckschleudern“ im Kraftwerksbereich mobil. Und der BUND erzielte weitere Erfolge: So wurde die BUND-Forderung nach Einführung von Umweltzone trotz vieler Widerstände in vielen NRW-Städten Realität und die Gerichte stärkten unsere Informationsrechte in Bezug auf Störfallbereiche.

Angesichts der Wirtschaftskrise aber drohen der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und der Gesundheitsschutz aber jetzt vollends auf der Strecke zu bleiben. Dabei können Ökologie und Ökonomie längst nicht mehr als gegensätzliche Kategorien begriffen werden. Moderne Politik zeichnet sich dadurch aus, beide Belange zu vereinen. Doch davon sind wir in NRW noch weit entfernt.

## Widerstand gegen CO-Pipeline

Eine ganze Region macht weiter gegen die geplante 67 Kilometer lange BAYER-Kohlenmonoxid-Pipeline zwischen Krefeld und Dormagen mobil. An vorderster Front mit dabei sind die BUND-Regionalgruppe Düsseldorf und die Ortsgruppe Hilden um BUND-Aktivist Dieter Donner.

Das Oberverwaltungsgericht Münster hatte im Dezember 2007 entschieden, dass die CO-Leitung zwar vorläufig nicht in Betrieb genommen, aber auf eigenes Risiko von BAYER weiter gebaut werden darf. Seitdem ist eine ganze Kette von Pannen bekannt geworden, die nicht gerade zum Vertrauen in das umstrittene Projekt beitragen.

An etlichen Stellen haben sich die „Experten“ von BAYER vertan. Es wurde bekannt, dass an rund 82 Stellen die Leitung anders verlegt wurde als genehmigt. BAYER musste auch zugeben, dass 18 Monate lang von den Bestimmungen des Planfeststellungsbeschlusses abgewichen worden war. Anstelle einer 80 cm breiten Geogrid-Schutzmatte wurde auf den bisher fertig gestellten Abschnitten lediglich eine 60 cm breite Matte eingebaut. Obwohl laut Bezirksregierung Düsseldorf 15 Mitarbeiter der Behörde mit der CO-Pipeline beschäftigt sind, war offensichtlich keinem die Abweichung aufgefallen. Erst am 1. Oktober 2008 wurde ein Änderungsantrag eingereicht.

Die Bezirksregierung verfiel daraufhin in hektische Betriebsamkeit, und versuchte mit dem Planergänzungsbeschluss vom 15. Oktober 2008, die Mängel nachzubessern. Insgesamt neun Gutachten wurden dafür kurzfristig nachgelegt, das letzte am 13. Oktober 2008. Nur 48 Stunden später waren die komplett

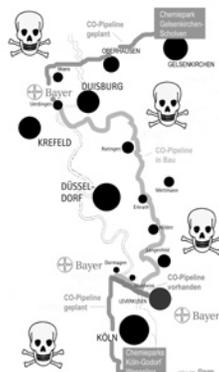
neue Abwägung erfolgt und die vermeintlich ergebnisoffene Entscheidung der Behörde gefallen.

Seltsame Vorkommnisse auch in der Politik. Auf Landesebene machen allein die Grünen gegen die Pipeline mobil. Die Abgeordneten von SPD stimmten noch am 23. Januar 2008 mit denen von CDU und FDP für den Fortbestand des nach BUND-Auffassung verfassungswidrigen Pipeline-Enteignungsgesetzes. Flexibler zeigt sich hingegen Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Als NRW-Ministerpräsident hatte er die Pipeline noch abgesegnet. Als Bundestagskandidat für den Wahlkreis Mettmann ist er jetzt strikt dagegen...



BUND-Aktivist Dieter Donner (l.) bei einer Pipeline-Demo in Düsseldorf. Foto: D. Jansen

GEPLANTER KOHLENMONOXID-LEITUNGSVERBUND

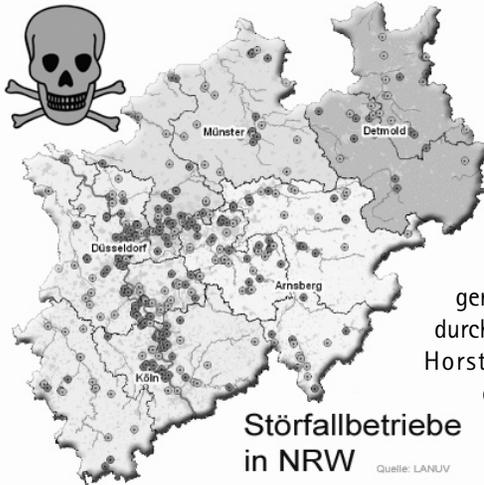


Mehr Informationen:  
[http://www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/immissionsschutz\\_chemie/verweise/protest\\_gegen\\_bayer\\_kohlenmonoxid\\_pipeline/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/immissionsschutz_chemie/verweise/protest_gegen_bayer_kohlenmonoxid_pipeline/)

## Der Störfall als Normalfall

Die Häufung der schweren Chemie-Unfälle in NRW gibt Anlass zur Sorge und macht politisches Handeln erforderlich. Nach der Störfall-Serie im Frühjahr 2008 in Köln-Worringen, Wuppertal und Duisburg gab es allein im August 2008 fünf weitere gravierende Ereignisse. Beim CO<sub>2</sub>-Unfall in Mönchengladbach wurden 107 Personen verletzt, infolge der Freisetzung von Dicyclopentadien aus einem Betrieb in Wülfrath mussten 41 Personen in ärztliche Behandlung.

Glück im Unglück hatten wir im Frühjahr in Köln-Worringen. Am 17. März 2008 kam es aufgrund einer Undichtigkeit an der Hauptrohrleitung, die das dortige INEOS-Werk mit Ethylen versorgt, zu einem Großbrand. Ein Vorratstank mit dem krebserregenden Acrylnitril nahe der Leckage fing ebenfalls Feuer. Etwa 600 Feuerwehrleute waren in und um die Anlage im Einsatz, unterstützt von weiteren 600 Hilfskräften. Nur mit Mühe konnte eine Katastrophe verhindert werden.



Obwohl absehbar war, dass durch den Brand zwangsläufig giftige Gase freigesetzt würden, gaben die Behörden vorschnell Entwarnung. Erst Tage später wurde bekannt, dass entgegen erster Verlautbarungen doch wesentlich höhere Acrylnitril-Konzentrationen gemessen wurden. Der BUND hatte durch seine Chemieexpertin Angelika Horster umgehend Strafanzeige erstattet. Neben dem Verdacht der schweren Gefährdung durch die Freisetzung von Giften vermutet der BUND ebenso mögliche Verstöße gegen die Störfallverordnung.

Auch die mangelhafte Risikokommunikation wurde bei diesem Störfall wieder einmal deutlich. Die Bevölkerung wurde lange im Unklaren über die Gefährlichkeit der freigesetzten Stoffe gelassen. Die reflexartig gegebene Entwarnung war verfrüht und fahrlässig.

Wie das Jahr 2008 gezeigt hat, droht der Störfall damit längst zum Normalfall zu werden.

Der BUND forderte NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg deshalb auf, die Geheimniskrämerei um die insgesamt etwa 450 Betriebsbereiche in NRW, die der Störfallverordnung unterliegen, zu beenden. Die Bevölkerung habe ein Anrecht auf Transparenz und Aufklärung über die Gefahren in der Nachbarschaft von potenziell gefährlichen Chemieanlagen und Pipelines.

Die Herausgabe der entsprechenden Liste war dem BUND unter Verweis auf vermeintliche Terrorismusgefahren verweigert worden. Vor dem Oberverwaltungsgericht Koblenz hat der BUND aber im Februar 2008 ein Urteil erstritten, welches die Behörden zur Freigabe der entsprechenden Angaben verpflichtet. Dieses Urteil ist auch für Nordrhein-Westfalen verpflichtend. Trotzdem weigert sich Umweltminister Uhlenberg auch nach dem Störfall in Worringen weiterhin hartnäckig, die notwendige Transparenz zu schaffen. Immerhin soll jetzt erstmals ein Kataster aller NRW-Pipelines erstellt werden. Das zum Teil verworrene Störfallmanagement war auch Gegenstand hitziger Debatten im Landtag. Die Ursachen der Beinahe-Katastrophe in Worringen beschäftigt noch immer die Staatsanwaltschaft.

Mehr Informationen: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/immissionsschutz\\_chemie/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/immissionsschutz_chemie/)

## BUND gegen Giftgas-Produktion

BAYER will im Werk Dormagen die Herstellung von Toluylendiisocyanat (TDI) stark ausweiten, im Gespräch ist auch eine weitere Erhöhung der Polycarbonat-Produktion in Krefeld-Uerdingen. In beiden Fällen soll Phosgen als Zwischenprodukt eingesetzt werden. Phosgen gehörte im 1. Weltkrieg zur ersten Generation von Giftgasen und zählt heute zu den giftigsten Industrie-Chemikalien überhaupt. Die Phosgenproduktion gehört nach Atomkraftwerken zu den risikoreichsten Industrie-Anlagen in Deutschland.

Gemeinsam mit der *Coordination gegen BAYER-Gefahren* (CBG) versucht der BUND die Erweiterung der Giftgas-Produktion zu stoppen. An die BAYER AG ging die Forderung, phosgenfreie Verfahren zur Produktion von Kunststoffen zur Marktreife zu bringen. Dies ist längst technisch möglich, aber teuer. Geht hier wieder einmal Profit vor Gesundheitsschutz?

Bereits im Jahr 2002 hatte BAYER in Krefeld-Uerdingen die Phosgenproduktion um rund 60.000 Tonnen erhöht. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit Beteiligung der Öffentlichkeit fand nicht statt. BUND und CBG hatten erfolglos nach freigesetzten Phosgen-Mengen im Falle eines worst case, Notfallplänen, zwischengelagerten Phosgen-Mengen und den Gefahren bei Flugzeugabstürzen gefragt. Mit Hinweis auf "Terrorgefahr" blieben die Nachfragen jedoch unbeantwortet.

Dabei haben die Anwohner ein Recht auf Informationen, welcher Gefahr sie im Falle eines Störfalles ausgesetzt sind und wie sie sich vor dem Giftgas schützen können. Vor einer möglichen Erweiterung der Produktion, so die BUND-Forderung, muss daher zwingend eine Umweltverträglichkeitsprüfung mit Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt werden.

## Reine Luft in NRW?

Drei Jahre nach Inkrafttreten der strengen Feinstaub-Grenzwerte wurden am 1. Oktober die ersten Ruhrgebiets-Umweltzonen ausgewiesen. Auch wenn der Flickenteppich aus kleinräumigen, willkürlich abgegrenzten Zonen weder beim BUND noch bei Kommunen Begeisterung auslöste, ist damit zumindest ein weiterer Schritt für reine Luft in NRW getan. Eine alte BUND-Forderung wurde zumindest in Teilen umgesetzt.

Durch die Luftreinhaltepläne wird eine Fläche von knapp 1.500 km<sup>2</sup> erfasst. Davon entfallen mit 225 km<sup>2</sup> gerade einmal 15 % auf Umweltzonen. Die Befürchtung des BUND: Das absehbare Chaos aus kleinräumigen Umweltzönchen wird keinen ausreichenden Beitrag zur Schadstoffreduktion leisten, dafür aber Ausweichverkehre produzieren und durch unterschiedliche Standards unnötige Konkurrenzen zwischen den Städten schaffen. Als weiteres Manko müssen die völlig unzureichenden Maßnahmen zur Senkung der industriellen Feinstaub-Emissionen kritisiert werden. Eine Senkung des hohen regionalen Belastungshintergrundes wird so verhindert.

Der von der Landesregierung in drei Teilpläne zerstückelte Luftreinhalteplan Ruhrgebiet ist letztendlich der kleinste gemeinsame Nenner. Umweltminister Uhlenberg hatte dem vereinten Druck aus Industrie, Handel und Kabinettskollegen nicht standgehalten. Zwar hatte der BUND noch bei der Landtagsanhörung im Juni 2008 eine umfassende Umweltzone gefordert, doch vor allem die FDP hatte dies als überflüssig torpediert.

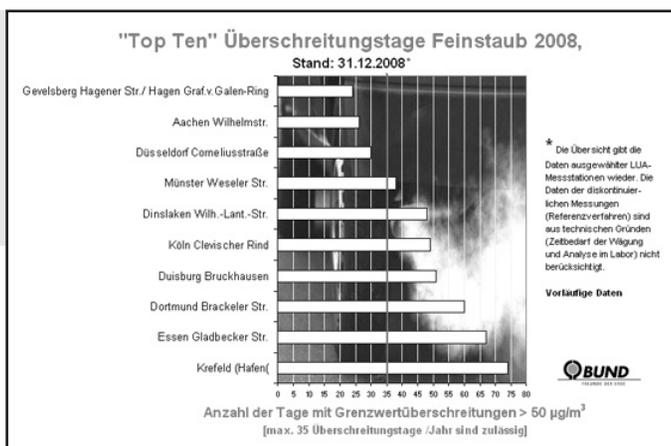
Dabei ist die Situation weiterhin prekär. In zehn Städten wurden die Feinstaub-Grenzwerte auch in 2008 wieder überschritten. Abhilfe schaffen kann nach Auffassung des BUND nur eine zusammenhängende Umweltzone von Duisburg bis Dortmund, konsequente Minimierungen des Schadstoffausstoßes der Industrie und der Verzicht auf neue Kohlekraftwerke, die trotz vermeintlich moderner Filtertechnik wahre „Feinstaub-Schleudern“ sind.

Gleichwohl ist der Anfang gemacht und auch andernorts in NRW wird gehandelt. Bereits zum 1. Januar 2008 hatte die Stadt Köln als erste NRW-Kommune eine Umweltzone eingerichtet. Düsseldorf, einst Vorreiter bei der Aufstellung von Aktionsplänen zur Feinstaubbekämpfung, wird zum 1. Februar 2009 mit einer Umweltzone nachziehen und auch in Grevenbroich wird zum 1. April 2009 ein Luftreinhalteplan zur Senkung der tagesbaubedingten Feinstaub-Immissionen in Kraft treten. Dieses unterm Strich positive Ergebnis wäre nicht denkbar gewesen ohne die beharrliche Arbeit des BUND, sei es im Landtag, in den Projektgruppen bei den Bezirksregierungen oder mit Demos auf der Straße.

Mehr Informationen: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/immissionsschutz\\_chemie/luftreinhalteplanung/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/immissionsschutz_chemie/luftreinhalteplanung/)



*Trotz zahlreicher Aktions- und Luftreinhaltepläne bleibt die Luftqualität in NRW bedenklich. Trotz günstiger meteorologischer Bedingungen wurden die Grenzwerte in 2008 in zehn Städten nicht eingehalten. Grafik: D. Jansen*



## NRW ist das „Müllklo Europas“ – BUND fordert MVA-Neubauverbot

Nachdem der Import australischen Sondermülls nach NRW im Jahr 2007 am Protest von BUND und Bürgerinitiativen gescheitert war, sorgte in 2008 die Einfuhr von 54.000 Tonnen süditalienischen Abfalls für Aufregung. Dabei ist unser Land schon jetzt das „Müllklo Europas“. Für die Medien war der „Mafiamüll“ ein willkommenes Thema. Für den BUND eher Beispiel nicht nur für die Misere der süditalienischen Müllwirtschaft, sondern auch für die Verfehlungen hiesiger Abfallpolitik. Auch wenn die Abfallimporte insgesamt leicht rückläufig sind, kann es nicht angehen, dass die Betreiber der hochgerüsteten NRW-Müllverbrennungsanlagen europaweit auf Akquise gingen, um die Anlagen auszulasten.

Die 16 NRW-Hausmüllverbrennungsanlagen verfügen dabei schon jetzt über eine nutzbare Kapazität von 5,6 Mio. Jahrestonnen, dazu kommen 6 Anlagen für Klärschlämme und 13 Sonderabfallverbrennungsanlagen. Insgesamt liegt deren genehmigte Kapazität bei 6,8 Millionen Jahrestonnen. Neben diesen Verbrennungsanlagen werden in NRW aber auch zurzeit 45 Kraftwerke und Feuerungsanlagen betrieben, in denen als „Ersatzbrennstoff“ (EBS) umdeklarierte Abfälle – wie z.B. Holz, Klärschlamm oder Papier – verbrannt werden. Deren Kapazität beläuft sich auf jährlich etwa 4,6 Mio. t. Mit einer gesamten Verbrennungskapazität von mehr

als 11,4 Millionen Jahrestonnen ist NRW deutschlandweit „Müllverbrennungschampion“.

Rein rechnerisch werden in Nordrhein-Westfalen bereits jetzt rund ein Zehntel der im Land vorhandenen Kapazitäten der Hausmüllverbrennungsanlagen mit Importmüll beschickt. Insgesamt werden jährlich rund 1,8 Millionen Tonnen Müll aus dem Ausland importiert, darunter knapp 570.000 Tonnen gefährlicher Abfälle. Aus 34 Ländern werden Abfälle eingeführt. Etwa 700.000 t des Importmülls werden verbrannt oder „thermisch verwertet“. Letzteres ist nichts anderes als eine Müllverbrennung bei gleichzeitiger Energiegewinnung. Letztendlich wird dadurch die ökologisch wesentlich günstigere stoffliche Verwertung ausgehebelt und die gesetzlich vorrangige Abfallvermeidung blockiert. Müll wird zum „nachwachsenden Brennstoff“ geadelt. Ein Unding, findet der BUND.

Gemeinsam mit dem BUND-Bundesvorsitzenden Hubert Weiger forderte BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen daher auf einer viel beachteten Landespressekonferenz am 20. November im Düsseldorfer Landtag einen Genehmigungsstopp für den Bau neuer Verbrennungsanlagen. Bis 2015 könnten ansonsten Überkapazitäten von bis zu 30 Prozent entstehen. Die mengenmäßig größte Steigerungsrate hätte Nordrhein-Westfalen.



Die BUNDposition „Wege zu einer nachhaltigen Abfallwirtschaft“ vom Oktober 2008 beschreibt die derzeitige Situation und zeigt Alternativen auf.

Download und mehr Informationen unter [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/abfallpolitik/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/abfallpolitik/)



## Etappensieg für Müllöfen-Gegner in Paderborn

Seit Jahren kämpfen zehntausende Paderborner mit Unterstützung der BUND-Experten Claudia Baitinger und Ingo Gödecke gegen den Bau eines neuen Müllöfens in Paderborn-Mönkeloh. Die Müllverbrennungsanlage mit einer Jahreskapazität von 170.000 t wurde als eine Abfallbehandlungsanlage zur „energetischen Verwertung heizwertreicher Abfälle“ beantragt. Nach dem Paderborner Stadtrat, der das Vorhaben per Veränderungssperre blockiert, hat Ende 2008 auch die Bezirksregierung Detmold einen Ablehnungsbescheid zum Müllöfen-Antrag erlassen. Für die örtliche Bürgerinitiative ist das eine Vorentscheidung im Kampf gegen die „Giftschleuder“. Aber der Betreiber will noch nicht aufgeben und hat bereits angekündigt, Klage gegen den Bescheid zu erheben. Die „Schluss-Etappe“ wird also Ende März 2009 vor dem Oberverwaltungsgericht Münster ausgetragen.

# OGS, NUA und Co.: Umweltbildung im BUND

**B**ildung als ein zentraler Aspekt erfolgreicher Umweltarbeit – das steht schon lange auf der Agenda des BUND und der BUNDjugend. In den Mittelpunkt unserer Arbeit ist heute die Bildung für nachhaltige Entwicklung gerückt. Gefordert ist dabei eine interdisziplinäre und handlungsorientierte Herangehensweise. Der BUND und die BUNDjugend bieten vielfältige Bildungsangebote an. Im Zentrum stehen das BUND-Projekt „Umweltbildung in der Offenen Ganztagschule“ und die Kooperation im Rahmen der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW.

## Umwelt-Agenten in der OGS

**M**it einer landesweiten Kampagne, die im Jahr 2007 ins Leben gerufen wurde, stärken BUND und BUNDjugend NRW die Umweltbildung in Offenen Ganztagschulen. Ziel ist es, Kinder mit verschiedenen sozialen und kulturellen Hintergründen für den Umwelt- und Naturschutz zu sensibilisieren und zu begeistern. UmweltbildnerInnen und solche, die es werden wollen, werden fortgebildet, unterstützt und vernetzt.

Unter dem Motto „Umwelt-Agenten – im Auftrag der Natur“ werden SchülerInnen motiviert, die Natur zu entdecken, Umweltprobleme aufzuspüren und Lösungswege zu finden. So gehen die Umwelt-Agenten zum Beispiel auf dem Schulhof und in der Umgebung der Schule auf die Suche nach Schmetterlingen. Dann beschäftigen sie sich mit den Fragen: Warum gibt es nur so wenige? Wie können wir dafür sorgen, dass sie sich vermehren? Als Lösung wird ein Schmetterlingsbeet mit Pflanzen, die von den Schmetterlingsraupen bevorzugt werden und Nektar bieten, angelegt.

„Spiele und genügend Freiraum für die Kinder, die Natur eigenständig zu entdecken und zu erforschen, sind wichtige Aspekte der Arbeit in den Offenen Ganztagschulen“ erklärt BUND-Projektleiterin Bettina Labesius. Nachdem die SchülerInnen am Vormittag nur still sitzen mussten, brauchen sie viel Bewegung. Auch in ihrem Alltag verbringen Kinder immer weniger Zeit in der freien Natur.

### Unterstützung für BUND-UmweltbildnerInnen

Die engagierten UmweltbildnerInnen sind zum Teil langjährige Mitglieder des BUND, sie werden aber vielfach auch über Jobbörsen und die Öffentlichkeitsarbeit geworben. In einer Fortbildung erhalten sie organisatorische, pädagogische und methodische Kenntnisse und Fähigkeiten. Die Vertragsgestaltung mit der Schule ist dabei ebenso Thema wie Sicherheitsaspekte, zum Beispiel beim Verlassen des Schulhofs. Außerdem entwickeln und erproben sie ihr eigenes Umweltbildungskonzept.

Unterstützt werden die UmweltbildnerInnen ferner bei der Vermittlung an Schulen und mit Bildungsmaterialien. Zudem werden die so genannten Agenten-BetreuerInnen untereinander und mit den BUND-Gruppen vor Ort vernetzt.

Im Jahr 2008 haben sich 100 Personen für die Fortbildungsreihe „Umweltbildung in der Offenen Ganztagschule“ beworben. 45 Personen konnten für die Teilnahme ausgewählt werden. Weitere 45 Personen wurden im Rahmen der Schulungs- und Vernetzungstreffen zum Thema „Umweltbildung im Kontext kultureller Vielfalt und sozialer Diskrepanzen“ fortgebildet. Inzwischen kooperieren BUND und BUNDjugend landesweit mit 30 Schulen. 400 Kinder wurden bereits im ersten Jahr der Kampagne zu Umwelt-Agenten und erhielten ein regelmäßiges Umweltbildungsangebot von dem Verband.



Jenschi Agenten  
spüren ist der Natur

Jedes Kind erhält einen Umwelt-Agenten-Ausweis und eine Agenten-Mappe, in der Umweltthemen kindgerecht aufbereitet sind. Die Erstellung der Mappen wurde von der HIT-Stiftung finanziell unterstützt.



Erfolgreiche Projekt-Arbeit: Das Musical „Eisbär, Dr. Ping und die Freunde der Erde“ wurde von 118 Kindern der BUND-Umwelt-AG's in Euskirchen aufgeführt. Fotos: BUNDjugend

**Mehr Infos:** [www.umweltbildung-ogs.de](http://www.umweltbildung-ogs.de)

## Pflanzung einer Streuobstwiese am NUA-Tagungshaus

Schon seit vielen Jahren setzt sich die NUA mit Bildungsangeboten für den Erhalt von alten Obstsorten und Streuobstwiesen ein. Jetzt bereichern alte Apfelsorten wie Jakob Lebel, Rote Sternrenette und Gravensteiner auch das NUA-Tagungshaus. In Eigeninitiative der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NUA wurden am 4. Dezember 2009 am Tagungshaus acht Hochstammobstbäume gepflanzt. Mit dabei waren auch Kuratoriumsvorsitzender Klaus Brunsmeier vom BUND und LANUV-Abteilungsleiter Dr. Thomas Delschen.



Pflanzten Obstbäume am NUA-Tagungshaus (im Bild von rechts): Dr. Thomas Delschen (LANUV-Abteilungsleiter), Klaus Brunsmeier (Kuratoriumsvorsitzender der NUA) und Adalbert Niemeyer-Lüllwitz (NUA). Foto: M. Wengelinski

## Rambazamba für Natur & Umwelt

Unter dem Motto „entdecken, motzen, besser machen“ engagierten sich elf Zukunftsscouts – das sind die 11- bis 15-Jährigen der BUNDjugend – beim Herbstcamp „Rambazamba“ für den Natur- und Umweltschutz. Ihr Thema: Fleischkonsum.

Während einer fünftägigen Zukunftswerkstatt haben die jungen UmweltschützerInnen tatkräftig kreative Ideen entwickelt, ihr Thema von verschiedenen Seiten beleuchtet, Flyer erstellt, ein Theater-Stück geprobt und sich weitere piffige Ideen für eine Straßenaktion ausgedacht. Am vorletzten Tag des Camps präsentierten sie dann ihre Ergebnisse in der Duisburger Innenstadt. Mit großem Erfolg – viele PassantInnen blieben stehen, verfolgten mit Interesse das Geschehen und diskutierten mit den Jugendlichen.

Für ihr Engagement wurden die Zukunftsscouts im Rahmen des des Projekts „NRW denkt nachhaltig“ sogar ausgezeichnet. Die Anerkennung und Preisübergabe erfolgte am 12. Dezember durch Staatssekretär Michael Mertes, der für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien zuständig ist.

Auch in 2009 gibt es wieder viele Möglichkeiten für 11- bis 15-Jährige bei BUNDjugend-Veranstaltungen, in Workshops und Gruppen vor Ort aktiv zu werden. Bis zum 1. Juni können die Jugendlichen am Wettbewerb „Zukunftsscouts – zeigen wo's langgeht!“ teilnehmen.



Staatssekretär Michael Mertes zeichnete die erfolgreichen Zukunftsscouts aus.



Mehr Infos: zeigen wo's langgeht!

[www.zukunftsscouts.de](http://www.zukunftsscouts.de)

## Natur- und Umweltschutz-Akademie

Das Bewusstsein für den Natur- und Umweltschutz in der Bevölkerung zu wecken und zu stärken sowie die in diesem Bereich Aktiven zu informieren und fortzubilden – das sind die Aufgaben der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA). Seit ihrer Einrichtung – 1985 zunächst als „Naturschutzzentrum NRW“ und 1997 zur NUA weiterentwickelt – kommt sie dieser Aufgabe in einer Vielzahl von Veranstaltungen, Lehrgängen, Aktionstagen und Kampagnen sowie durch die Entwicklung und Bereitstellung von Informationsmaterialien nach.

Die NUA ist eingerichtet im Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes NRW (LANUV) und arbeitet in einem Kooperationsmodell mit den vier anerkannten Naturschutzverbänden BUND, LNU, NABU, und SDW zusammen. Sie kooperiert darüber hinaus mit allen Bildungseinrichtungen, Institutionen und Gruppen, die erhaltend, gestaltend, wirtschaftend und mit Freizeitaktivitäten in der Landschaft wirken.

Das Tätigkeitsgebiet ist – beeinflusst durch die Agenda 21 – ständig breiter geworden. Themen wie Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit sowie Umwelt und Entwicklung in der Einen Welt gewinnen seit der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung von Rio de Janeiro und der Folgekonferenz in Johannesburg an Bedeutung. Der Agenda 21-Prozess in NRW wird von der NUA durch Bildungsangebote und Kampagnen unterstützt. So entwickelt sich die Umweltbildung zu einer Bildung für nachhaltige Entwicklung weiter.

Für den BUND ist die NUA das traditionelle Standbein der Umweltbildung. Seit ihrer Gründung konnte der BUND dank der finanziellen Unterstützung im Rahmen des Kooperationsmodells unzählige Fachveranstaltungen, Seminare und Workshops realisieren. Allein in 2008 besuchten mehr als 320 MultiplikatorInnen die BUND-Veranstaltungen.

Mehr Informationen: [www.bund-nrw.de/themen\\_und\\_projekte/umweltbildung/](http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/umweltbildung/)

# »...und jetzt noch die Erde retten« – die BUNDjugend NRW

**M**it vielen kleinen Taten an vielen Orten das Gesicht der Welt verändern – das ist das Ziel der Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Als selbständige Jugendorganisation des BUND möchte die BUNDjugend Kinder und Jugendliche im Alter von 0 – 26 Jahren für den Umwelt- und Naturschutz aktivieren.

Die BUNDjugend macht sich stark für die Erhaltung der Natur, kämpft für gentechnikfreies Essen, eine giftfreie Umwelt, für eine gerechte Globalisierung und für 100% erneuerbare Energien. In NRW engagieren sich bei zahlreiche Kinder, Zukunftsscouts – das sind die 11- bis 15-jährigen in der BUNDjugend – und Jugendliche in der BUNDjugend. Die Jugendorganisation setzt sich in Kampagnen, Aktionen und Projekten für die Natur und Umwelt ein. In den Umweltbildungsangeboten, unter anderem in Kindergruppen, in der Offenen Ganztagschule und in Naturerlebniswochen begeistert sie junge Menschen für den Schutz der Umwelt. Die BUNDjugend ist als gemeinnütziger Träger der Jugendpflege anerkannt und Mitglied im Landesjugendring NRW.



Mehr Informationen: [www.bundjugend-nrw.de](http://www.bundjugend-nrw.de)

## planet diversity – gemeinsam für Vielfalt und gegen Gentechnik

**M**it üppig begrünten Schubkarren setzte der Aktivenpool der BUNDjugend NRW auf der Demonstration „planet diversity“ am Pfingstmontag des vergangenen Jahres in Bonn ein deutliches Zeichen für eine gentechnikfreie und bunte, vielfältige Welt. Zusammen mit 6.000 Demonstrierenden aus ganz Europa zogen die Aktiven von den Bonner Rheinauen zum Ort der Verhandlungen über die Konvention zur Biologischen Vielfalt. Sie demonstrierten für den Erhalt der biologischen Vielfalt und bäuerlichen Landwirtschaft sowie gegen Gentechnik und Patente auf Leben.

Auch im weiteren Jahresverlauf engagierte sich die BUNDjugend zu diesem Thema:

So wurde im Sommer auf dem Marktplatz in Werne eine festlich gedeckte, so genannte „essthetische Tafel“ mit Gentechnik-freien, schmackhaften Maisprodukten, organisiert. Die BUNDjugend lud Gentechnik-Befürworter und -Gegner, die BUND-Experten Ralf Bilke und Friedrich Ostendorff sowie interessierte PassantInnen zum Diskutieren und Schlemmen an einem Tisch.

Hintergrund für diese Aktion war, dass der Konzern Monsanto jahrelang Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Mais in Werne durchgeführt hatte. Die essthetische Tafel fand nicht nur Niederschlag in der lokalen Presse, sondern lockte auch zahlreiche PassantInnen an die lebhaft mitdiskutierten.

Vom 2. bis 4. Oktober griff der Aktivenpool der BUNDjugend erneut das Thema „Biodiversität und Biopiraterie“ auf und erarbeitete im Rahmen eines Workshops eine Straßentheater-Performance. Am

Samstag Nachmittag führten die Aktiven in der belebten Bonner Innenstadt ihr achtminütiges Stück wiederholt auf. Mehrere hundert PassantInnen verfolgten die Aufführung. Sie konnten durch Flyer und in Gesprächen erreicht werden.



*Die BUNDjugend im Einsatz – hier anlässlich der Großdemo gegen Gentechnik in der Landwirtschaft.*

Foto: D. Jansen

Neue MitstreiterInnen im Aktivenpool der BUNDjugend sind immer herzlich willkommen! Mehr Infos und Anmeldung: [www.bundjugend-nrw.de/Aktivenpool](http://www.bundjugend-nrw.de/Aktivenpool)

## Fotoworkshop: Wenn Riesenbagger Dörfer fressen

Eine Landschaft wie auf dem Mars: Soweit das Auge reicht offene Erde, die über 200 m tiefe Grube, weder Pflanzen noch Tiere. Stattdessen ein Bagger, der mit seiner enormen Größe an ein gefräßiges Monster aus Metall erinnert. Er gräbt im Tagebau Garzweiler II nach Braunkohle, die später in Kraftwerken den Klimawandel anheizt.

Sehr beeindruckt und berührt von dieser Szenerie waren die 16 Fotografinnen des BUNDjugend Workshops „Wenn Riesenbagger Dörfer fressen“ im vergangenen Juni 2008. Unentwegt griffen sie nach ihren Kameras, um ihre Eindrücke festzuhalten. Die Fotografinnen warfen nicht nur einen Blick auf das enorme Loch, das schon die Heimat tausender Menschen und die Streuobstwiese des BUND bei Otzenrath verschlungen hat, sondern diskutierten und dokumentierten auch klimatischen und ökologischen Auswirkungen, die im Zusammenhang mit dem Braunkohle-Tagebau stehen.

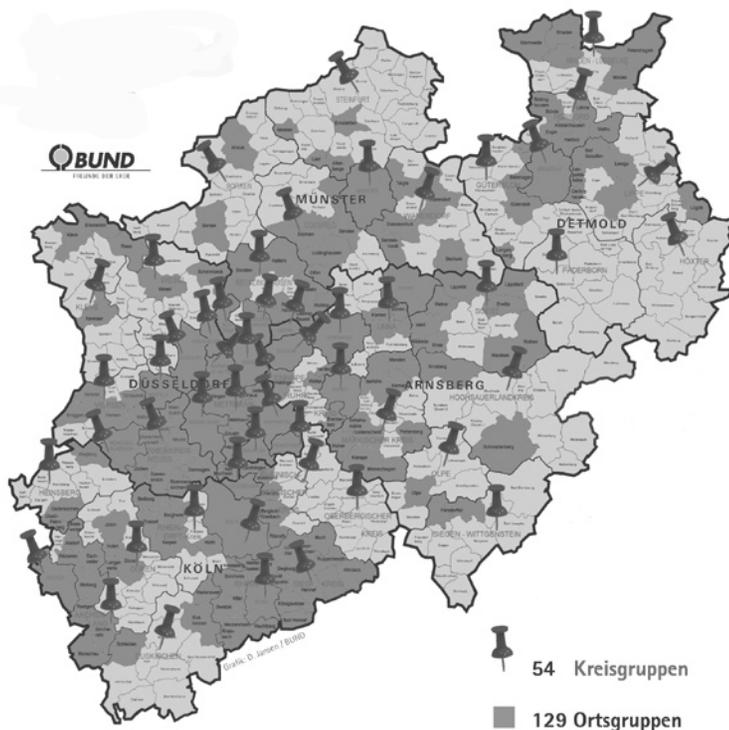
Während der Fotoworkshops der BUNDjugend können die Jugendlichen nicht nur ihr fotografisches Können verbessern, zugleich wird ihr Blick auch für brisante umweltpolitische Themen geschult.

Kontakt „Fotoaktionen“: [gabi.diethers@bundjugend-nrw.de](mailto:gabi.diethers@bundjugend-nrw.de)



Die Jungfotografinnen der BUNDjugend diesmal vor der Linse. Foto: V. Drebusch

## Unabhängig. Politisch und finanziell.



### BUNDland NRW

Die Basis der BUND-Arbeit sowohl in finanzieller als auch inhaltlicher Sicht bilden die etwa 180 ehrenamtlich arbeitenden Gruppen vor Ort. Vom Kreis Aachen bis zum Kreis Minden-Lübbecke ist der BUND fast flächendeckend vor Ort präsent. Organisiert in Orts-, Kreis- und Regionalgruppen leisten hunderte ehrenamtlich Aktive dort unermüdlich unverzichtbare Natur- und Umweltschutzarbeit.

Allen Unkenrufen zum Trotz zeigt die Mitgliederentwicklung, dass der Stellenwert des Natur- und Umweltschutzes in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit hoch ist: Musste der BUND in NRW in den Jahren 2003 und 2004 noch schmerzhaft Mitgliederverluste hinnehmen, so hat sich dieser Trend umgekehrt. 2005 war das Jahr der Stabilisierung und im Folgejahr konnte erstmals wieder ein Mitgliederwachstum festgestellt werden. Trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen konnte die Zahl der Mitglieder in 2008 weitgehend gehalten werden. Ende 2008 unterstützten 19.747 Mitglieder den BUND in Nordrhein-Westfalen.

## BUND-Publikationen und BUND-Medien

„Tue Gutes, und rede darüber“ ist ein Motto der BUND-Öffentlichkeitsarbeit. Zwar kommt der altruistische BUND-Einsatz zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen selbstverständlich der Umwelt, der Natur und uns Menschen zugute. Dennoch wollen wir viele weitere (Noch-)Nicht-Mitglieder für unsere Arbeit begeistern, zum Mitmachen bewegen und den BUND noch bekannter machen. Dieses ist das Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Nach dem umfassenden Relaunch in 2008 ist die BUND-Homepage [www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de) noch attraktiver geworden. Mit monatlich etwa 9.000 BesucherInnen konnte die Homepage ihre Zugriffszahlen weiter steigern.

Über das *NRWinfo*, unsere Mitgliederzeitschrift, erreichen wir regelmäßig alle unsere Landesverbandsmitglieder. Die Gesamtauflage der vier Ausgaben betrug in 2008 68.000 Exemplare, was einer knapp 5%-igen Erhöhung gegenüber dem Vorjahr entspricht.



Weiterhin informiert der BUND NRW regelmäßig über seine Reihen BUNDaktuell, BUNDhintergrund und BUNDposition.

Über den eMail-Verteiler des BUND NRW-Ticker erhalten unsere BUND-Mitglieder regelmäßig aktuelle Informationen aus unserem Verband, zu den Entwicklungen im Umwelt- und Naturschutz im Lande, Hinweise auf BUND-Seminare und sowie Termine. Alle Abonnenten erhalten neben exklusiven Sonder-Informationen tagesaktuell die Pressemitteilungen des BUND-Landesverbandes. (Anmeldung unter [www.bund-nrw.de/service/nrwticker/](http://www.bund-nrw.de/service/nrwticker/)). Für Externe steht das Presseabo zur Verfügung. Etwa 400 Redaktionen und Einzelpersonen nutzen derzeit diesen Service.

## Der BUND in den Medien

Von seinem Selbstverständnis her ist der BUND der kritische Umweltverband in Nordrhein-Westfalen. Wir mischen uns ein, klären auf, zeigen die Alternativen, sind aktiv. Die große Fachkompetenz gepaart mit professioneller Presse- und Öffentlichkeitsarbeit machen den BUND zu einem begehrten Ansprechpartner für Zeitungen, Funk und Fernsehen.

„Highlight des Jahres 2008“ war die Medienberichterstattung über die Obstwiesenbesetzung im Braunkohlentagebau Garzweiler. Hunderte Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehberichte aus dem In- und Ausland sorgten für eine breite Öffentlichkeit. Sogar die Los Angeles Times berichtete über den Braunkohlestreit. Dass der vom BUND seit Jahrzehnten propagierte Klimaschutz zu dem beherrschenden Umweltthema in der Öffentlichkeit geworden ist, zeigt sich auch an der großen Medienresonanz auf unsere Anti-Kohlekraftwerks-Aktionen.

Aber auch der „Schmetterling des Jahres“ erreichte Millionen Leserinnen und Leser im deutschsprachigen Raum. Genauso wichtig bleibt aber die kontinuierliche Medienpräsenz des BUND vor Ort. Ob Luftreinhalteplanung, Gentechnik oder Kormoran-Abschuss – dank der Unterstützung durch die Medien fand der BUND breites Gehör in der Öffentlichkeit.

Alle Pressemitteilungen im automatischen e-Mail-Abo: [www.bund-nrw.de/nrw-presseabo.htm](http://www.bund-nrw.de/nrw-presseabo.htm)



Der BUND ist gefragter Ansprechpartner für Zeitungen, Funk und Fernsehen.

Fotos D. Jansen, BUND-Archiv

## Finanzen des BUND NRW e.V.

Politische Unabhängigkeit setzt eine eben solche im finanziellen Bereich voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält und auf zweifelhafte Spenden, zum Beispiel aus der Energie-, Chemie- oder Automobilwirtschaft, verzichtet. Basis der Einnahmen des BUND-Landesverbandes sind die Beiträge der etwa 20.000 BUND-Mitglieder in NRW. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen - Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU - erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt.

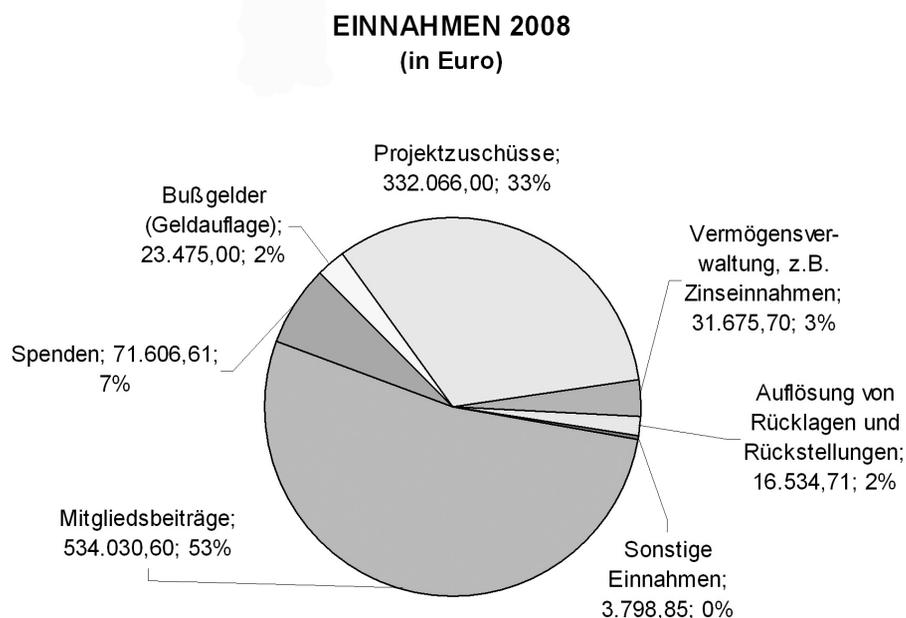
### Woher kommen die BUND-Mittel?

Der BUND Landesverband NRW verfügte auch im Jahr 2008 über eine verlässliche finanzielle Basis. Die sicherste Unterstützung erhielt er dabei mit rund EUR 534.000 über die Beiträge seiner Mitglieder. Dies ist die eigentliche Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichen Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

Die Spendeneinnahmen und Bußgelder lagen im Jahr 2008 erfreulicherweise etwas höher als geplant. Der Landesverband hat aber keine Einnahmen aus Erbschaften erhalten. Die Projektzuschüssen resultierten im Wesentlichen aus Förderungen, die der Landesverband unter anderem für seine Projekte Wassernetz Plus und Elektrosmog im Kinderzimmer, für eine Reihe von Verbandsklagen sowie für diverse Seminare beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte des BUND NRW waren hauptsächlich das NRW-Umweltministerium, die Natur- und Umweltakademie NRW (NUA) und zahlreiche kleinere Organisationen. Hinzu kamen noch Förderungen für Projekte der Kreis- und Ortsgruppen. Eine institutionelle Förderung von der Landesregierung bekommt der BUND in Nordrhein-Westfalen nicht.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung waren überwiegend Zinseinnahmen, z.B. aus der Beteiligung an der Windkraftanlage e3 in Geske. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband seine Mittel zu einem Teil in Form von Beteiligungen an vorbildlichen Pilotprojekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder der internationalen Genossenschaft fairPla.net) an und unterstützt damit diese Projekte.

Im Jahr 2008 wurden für verschiedene Projekte Rückstellungen und Rücklagen in einer Höhe von knapp EUR 16.500 aufgelöst.



## Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

Mehr als 43% der Mittel flossen 2008 unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kamen weitere knapp 25%, die an die BUNDgruppen und BUNDjugend weiter geleitet und dann ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden. Zusammen sind das mehr als zwei Drittel der Gesamtausgaben des BUND NRW, die unmittelbar Natur und Umwelt zugute kommen.

Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt etwa 10% zu Buche.

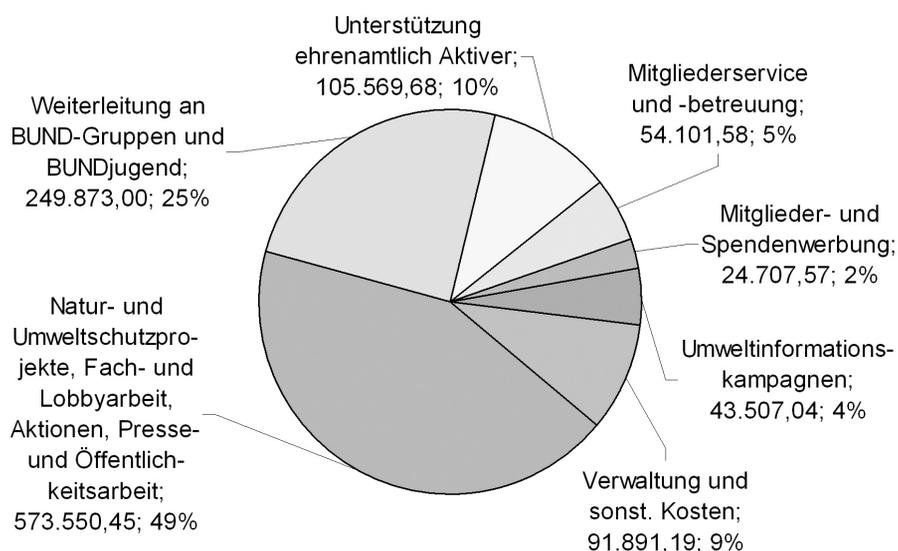
Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift BUNDmagazin mit dem Einhefter NRW-INFO mit speziellen Informationen aus Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den Mitgliederservice gab der Landesverband knapp EUR 55.000 aus.

Für Umweltinformationskampagnen setzte der Landesverband etwa EUR 50.000, für Spenden und Mitgliederwerbung knapp EUR 25.000 ein. Die Kosten für Verwaltung und sonstige Kosten lagen mit rund 9 % weiterhin erfreulich niedrig.



Etliche BUND-Aktivitäten, wie zum Beispiel die Klagen gegen Kohlekraftwerke, wären ohne Spenden aus der Bevölkerung nicht realisierbar. Foto: F. Krupop

### AUSGABEN 2008 (in Euro)



## Die BUND NRW Naturschutzstiftung

Im März 2002 rief der BUND NRW anlässlich seines 25-jährigen Bestehens mit Unterstützung der Fa. Weiling GmbH aus Coesfeld die BUND NRW Naturschutzstiftung ins Leben. Mit dieser Stiftung wollen der BUND und Weiling nachhaltig wirksamen Umwelt- und Naturschutz noch tiefer verwurzeln und langfristiges Engagements zugunsten von Umwelt und Natur ermöglichen.

Das Kapital der Stiftung bleibt dauerhaft erhalten und wird nicht verbraucht. Nur die Erträge sowie Spenden dienen der BUND NRW Naturschutzstiftung für ihre Naturschutzprojekte. Je größer das Stiftungskapital durch Zustiftungen wird, desto besser kann die BUND NRW Naturschutzstiftung zukünftig ihre Aufgaben erfüllen.

Die Stiftung möchte helfen, unser einmaliges Naturerbe in Nordrhein-Westfalen zu bewahren

- durch schnelles, unbürokratisches Handeln
- unabhängig von Politik und Wirtschaft
- für die Zukunft Nordrhein-Westfalens.

Wichtigstes Projekt der Stiftung ist bislang die jährliche Auswahl des „Schmetterlings des Jahres“ (s.S.14).

Aufgabe der Stiftung ist auch die dauerhafte Sicherung von wertvollen Naturschutzflächen. Seit kurzem hat die Stiftung eine Naturhöhle in Kallenhardt im Kreis Soest übernommen, die unter anderem wegen ihrer Fledermausvorkommen europarechtlich geschützt ist. Die Betreuung der Höhle übernehmen ehrenamtlich die BUND-Ortsgruppe Lörmecketal und die Arbeitsgemeinschaft Höhle und Karst Lippe.

Daneben hat die BUND NRW Naturschutzstiftung die Wiederansiedlung des Weißstorches in der Siegaue unterstützt und die Sicherung eines »Fledermausbunkers« in der Eifel finanziert.

Mehr Infos: [www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de](http://www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de)



Bevor die BUND NRW-Naturschutzstiftung die Kattenstein-Höhle übernehmen konnte, hatten die ehrenamtlichen Aktiven der BUND-Ortsgruppe Lörmecketal diese in mühevoller Arbeit von Schutt und Abfall befreit und gesichert. Foto: BUND-Archiv



BUND-Kreisgruppe des Jahres 2008: Die MettmannerInnen. Foto: D. Jansen

## Wir über uns: Das BUND-Team

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland setzt sich ein für den Schutz unserer Natur und Umwelt – damit die Erde für alle, die auf ihr leben, bewohnbar bleibt.

Der BUND engagiert sich – zum Beispiel – für eine ökologische Landwirtschaft und gesunde Lebensmittel, für den Klimaschutz und den Ausbau regenerativer Energien, für den Schutz bedrohter Arten, des Waldes und des Wassers.

Mit insgesamt etwa 400.000 Mitgliedern und Förderern ist der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland einer der großen Umweltverbände in Deutschland.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wurde im Jahre 1976 gegründet. Die Anerkennung nach dem Bundesnaturschutzgesetz erhielt der BUND NRW im Jahre 1981. Daraus ergeben sich besondere Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten bei Planverfahren, die Natur und Landschaft beeinträchtigen.

Der Vorstand des BUND NRW arbeitet rein ehrenamtlich, ebenso wie die Mitglieder der Facharbeitskreise. Ein Team von derzeit acht hauptamtlichen MitarbeiterInnen koordiniert die Arbeit des Landesverbandes, führt Kampagnen durch, managt Projekte und sorgt für eine umfassende Betreuung der Mitglieder und Unterstützer.

## Der Landesvorstand:

Paul Kröfges, *Landesvorsitzender*

Bernd Meier-Lammering, *stellvertr. Landesvorsitzender*

Friedrich Ostendorff, *stellvertr. Landesvorsitzender*

Klaus Brunsmeier, *Schatzmeister*

Wolfgang Deuster, *Beisitzer*

Doris Eberhardt, *Beisitzerin*

Tina Korte, *BUNDjugend-Vertreterin*

Horst Meister, *Beisitzer*

Milena Pendzich, *Beisitzerin*

Prof. Dieter Schmalz, *Beisitzer*

Christine Zechner, *Beisitzerin*



Gemeinsam für Natur und Umwelt: Der BUND-Landesvorstand.

## BUND-Landesarbeitskreise gibt es zu den Themen:

- Abfall
- Atom
- Braunkohle
- Deregulierung
- Energie
- Heimische Orchideen
- Landwirtschaft
- Naturschutz
- Umweltchemikalien/Toxikologie
- Verkehr
- Wald und Stadtbäume
- Wasser

Ansprechpartner der Arbeitskreise und der etwa 180 örtlichen BUND-Gruppen sind in der Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0211 / 30 200 5-0, zu erfragen. Oder schauen Sie ins Internet: -[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)

## Die Landesgeschäftsstelle:



Das Team der BUND-Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf. Foto: D. Jansen

Dr. Christoph Aschemeier, *Projekt WASSERNETZ NRW*

Rolf Behrens, *Sekretariat*

Dr. Jochen Behrmann, *Geschäftsleiter Organisation*

Ralf Bilke, *Kreis- und Ortsgruppenbetreuung/Agrarreferent*

Kristina Grund, *Cash-Management, Haushaltsüberwachung*

Dirk Jansen, *Geschäftsleiter Umwelt- und Naturschutzpolitik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Claudia Reuter, *Büroassistenz*

Uschi Vennes, *Zahlungsverkehr / Spendenbescheinigungen*



## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Bund für Umwelt  
und Naturschutz Deutschland  
Landesverband  
Nordrhein-Westfalen e.V.  
Merowingerstr. 88  
40225 Düsseldorf  
Tel.: 0211/302005-0  
Fax: -26,  
e-Mail: bund.nrw @bund.net

### V.i.S.d.P.:

Paul Kröfges, Landesvorsitzender

### Redaktion, Text & Layout:

Dirk Jansen

### Beiträge:

Dr. Christoph Aschemeier,  
Dr. Jochen Behrmann,  
Ralf Bilke, Gabi Diethers,  
Paul Kröfges,  
Bettina Labesius,  
Dr. Michael Luwe,  
Bernd Meier-Lammering,  
Horst Meister,  
Prof. Dieter Schmalz

### BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln  
BLZ: 370 205 00  
Konto-Nr. 8 204 700

Nachdruck oder sonstige  
Verwertung nur mit  
Genehmigung des  
BUND NRW e.V.

### Der BUND im Internet:

[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)

Düsseldorf, März 2009



Die Natur und die Umwelt brauchen Ihren Schutz. Deshalb gibt es den BUND. Werden Sie Mitglied.



**Werden Sie aktiv im BUND  
oder unterstützen Sie unsere Arbeit  
durch eine Spende:  
Konto 8 204 700, BLZ 370 205 00,  
Bank für Sozialwirtschaft, Köln**

**Mehr Infos:  
[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)**